

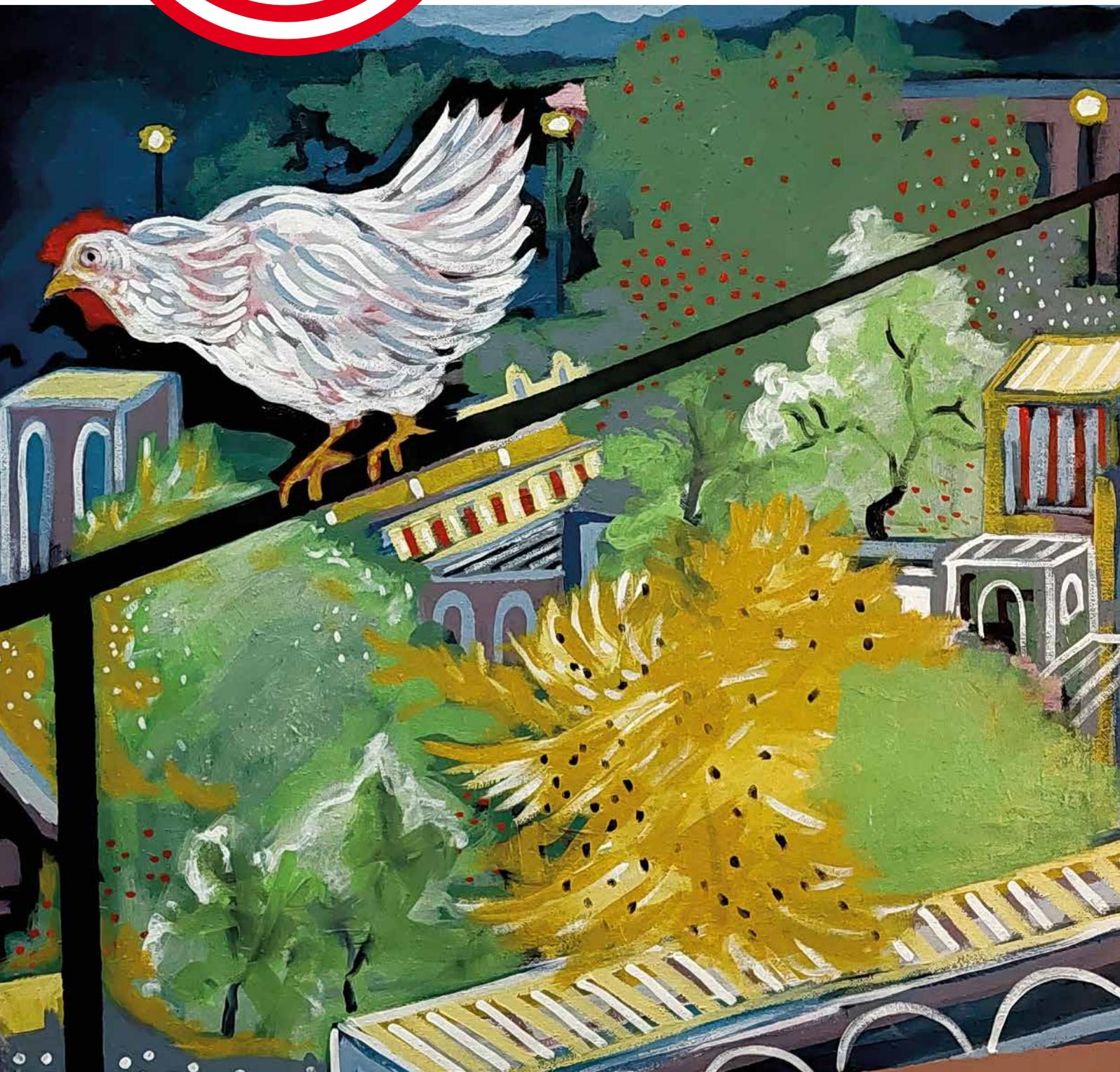
01/24

Preis:
EUR 8



Liga-Magazin

Ist das Leben heute ein Drahtseilakt?
Zwischen Demokratie und anderen Zuständen ...





Al Rammleh, Acryl,
100 x 70 cm



A Pile of Houses, Chinesische
Tinte, Acryl, 100 x 70 cm

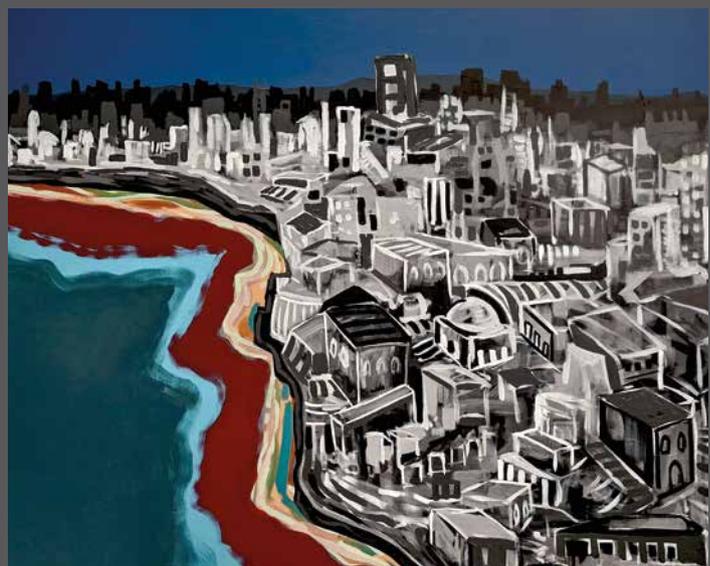
Bashir Qonqar wurde 1980 in Bait Dschala bei Bethlehem geboren, er ist griechisch-orthodoxer Christ und besuchte eine evangelisch geführte Schule in Palästina. Als er acht Jahre alt war, wurde sein Vater während der Ersten Intifada, im „Krieg der Steine“, getötet. In seiner künstlerischen Entwicklung nahm er immer wieder Bezug auf seine Lebensgeschichte. Er studierte Sozialmanagement und Pädagogik und arbeitete danach im Caritas Baby Hospital in Bethlehem. Als Kunstlehrer unterrichtete er am Dar al-Kalima University College of Arts & Culture in Hebron und am Al-Harah Performing Arts Training Center (PARC). Als er seine Frau, eine gebürtige Oberösterreicherin, kennenlernte, entschloss er sich, seine Heimat zu verlassen. Seit zwei Jahren arbeitet er als Sozialpädagoge im evangelischen Schülerheim im oberösterreichischen Bad Goisern. Weiterhin künstlerisch tätig, stellt er in Österreich und international aus. Im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt Bad Ischl Salzkammergut wird sein Film „Bäume“ („Trees“) gezeigt, in dem er seine Lebensgeschichte erzählt. Er lebt mit seiner Familie in Bad Goisern am Hallstätter See.

salzkammergut-2024.at/projekte/baume-trees

Mehr über
den Künstler im
Interview
auf S. 48–50.



As Gods were Watching, Acryl, 79 x 115 cm



Gaza houses, 2024, Acryl auf Leinwand, 120 x 120 cm

I N H A L T

- 4 Marion Wisinger: Vorwort
- 5 Barbara Helige: Editorial
- 6 Judith Fitz: Gastkommentar: Klimaschutz ist ein Menschenrecht – was nun?
- 7 NEUES AUS DER LIGA**
- 8 Angelika Watzl: Das Generalsekretariat berichtet
- 10 Redaktion: Neue Funktionen: Sebastian Öhner und Marion Wisinger
- 11 Angelika Watzl: Der Weg zur Menschenrechtsallianz
- 12 Dietmar Dragarič: Cinema für Menschenrechte
- 14 Valerie Gruber: Ein unerfreulicher Zwischenbericht
- 15 Andrea Helige: Das Sommerfest der Liga
- 17 MENSCHENRECHTE IN ÖSTERREICH**
- 18 Barbara Helige: Innere Emigration ist der falsche Weg!
- 20 Gerhard Ruiss: Beim Wort genommen
- 22 Margitta Essenther: Diskussion über Strafmündigkeit
- 24 Dani Krois: Jeder Mensch hat Ansprüche ...
- 26 Edith Meinhart: Licht in die Dunkelkammer
- 27 SCHWERPUNKT MEDIEN UND DEMOKRATIE**
- 28 Walter Hämmerle: Pressefreiheit braucht wirtschaftliche Unabhängigkeit
- 30 Günter Schmidauer: Wahrhaftigkeit und Fiktion
- 32 Gaby Schwarz: Er hat mich kalt erwischt, der Hass im Netz ...
- 33 Marion Wisinger: Hasspostings: Tipps für Betroffene
- 34 Marion Wisinger: Es ist zum Fürchten. Der neue Roman von Thomas Schrems.
- 36 Andrea Helige: Interview: „Wassermair sucht den Notausgang“
- 40 Walter Strobl: Ein unabhängiger ORF als demokratische Notwendigkeit
- 43 INTERNATIONALES**
- 44 Redaktion: Die EU-Wahl ist geschlagen. Wie soll es weitergehen?
- 48 Marion Wisinger: Interview mit dem goiserisch-palästinensischen Künstler Bashir Qonqar
- 51 Angelika Watzl: Internationale Ligen
- 52 Katharina Tiwald: Willkommen in Daphnes Garten
- 54 Marion Wisinger: Interview mit dem Journalisten Herbert Langthaler über die EU-Außengrenzen
- 56 Marion Wisinger: Im Halbdunkel der Unzufriedenheit
- 58 Buchtipp: „Cop und Che“ von Edith Meinhart
- 59 Impressum

Foto / Günther Pichlkostner
Text / Marion Wisinger



MARION WISINGER
CHEFREDAKTEURIN

ZUR PERSON

Historikerin und Autorin,
 2009 bis 2012 General-
 sekretärin der Liga.
 Vorstandsvorsitzende des Wiener
 Forums für Demokratie und
 Menschenrechte, Präsidentin des
 Österreichischen PEN-Clubs und
 Beauftragte des Writers-at-Risk-
 Komitees des
 Österreichischen PEN-Clubs.
 Trainerin der politischen
 Bildung.
 zeitweise.at

V O R W O R T

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir alle sind einer Informationsflut ausgesetzt – hier ein Bericht über einen Polizeieinsatz am Reumannplatz, da ein Ranking der beliebtesten Eissalons. Wir lesen am Handy in der Straßenbahn, überfliegen Schlagzeilen, klicken und scrollen durch Facebook und X. Infotainment online kostet nichts, dafür nehmen wir Datenklau und Kommerzialisierung bedenkenlos in Kauf. Der Online-Boulevard setzt auf xenophobe Haltungen oder hetzt gegen Klima-Aktivismus, gleichzeitig verfestigen die Wahlbarometer Sieger und Verlierer in den Köpfen. Es werden Begriffe wie Politskandal, EU-Bürokratie oder Leitkultur kolportiert und zu gewöhnlichem Sprachgebrauch gemacht. Lautstark schallt der demokratiopolitisch unersetzlichen „vierten Gewalt“ der Ruf „Lügenpresse“ entgegen, um journalistische Arbeit und investigative Berichterstattung auszublenden.

Die Mehrheit der Medienkonsumenten bildet sich ihre Meinung ad libitum im Internet, die unabhängige Berichterstattung ist in Gefahr, denn „wo früher der Staat die Pressefreiheit bedrohte, tun das jetzt die Medien selbst“, bringt es der Schweizer Publizist und Medienmanager Roger de Weck auf den Punkt.

Ein Magazin wie das der Liga ohne Presseförderung herauszugeben ist ein Kunststück, wird doch die Finanzierung der Produktionskosten mit jeder Ausgabe schwieriger. Weit über die Reichweite einer Mitgliederzeitschrift hinausgewachsen, kann sich das Heft auf dem Anzeigenmarkt kaum behaupten. „Es rechnet sich nicht“, „es passt aktuell nicht in die Werbelinie“, teilen die Medienagenturen mit, die den firmeninternen Presseabteilungen vorgelagert sind. Leitbilder, Wertekataloge und Imagefolder, die Menschenrechte zu stärken versprechen, sind geduldiges Papier.

Keine Sorge. Das Liga-Magazin wird es weiterhin geben, das schulden wir schon unserer langen Geschichte. Bereits kurz nach Gründung der Liga 1926 erschien es unter dem Namen „Die Menschenrechte“ als Beilage der Zeitschrift „Die Bereitschaft. Zeitschrift für Menschenökonomie, Wohlfahrtspflege und soziale Technik“. In der Nachkriegszeit gab der wiedergegründete Verein bereits ab Mai 1946 die „Liga-Korrespondenz“ heraus, 1949 umbenannt in „Das Menschenrecht. Offizielles Organ der Liga für Menschenrechte“. 2004 erfuhr die Zeitschrift einen Relaunch, sie erscheint seitdem als „Liga-Magazin“, das von Max Koch und Elisabeth Ebner, Corinna Milborn, Sibylle Hamann, Hanna Herbst, Kira Preckel und nun bereits seit einigen Jahren von Andrea Helige und mir journalistisch gestaltet wird.

Wir geben zu, man benötigt etwas Zeit für die Lektüre, es wird geblättert statt gescrollt, aber mit einer Mitgliedschaft bei der Liga oder einem Abo sind Sie zweimal jährlich mit dabei! In dieser Ausgabe finden Sie einmal mehr gute Argumente für die Menschenrechte.

In diesem Sinne wünsche wir Ihnen einen erholsamen Sommer.
 Mit besten Grüßen,

Marion Wisinger

**ÖSTERREICHISCHE
 LIGA FÜR MENSCHENRECHTE**

Werden Sie Mitglied bei der
 Liga: liga.or.at/mitglied-werden

Abo-Bestellungen bitte an:
admin@liga.or.at





BARBARA HELIGE

Präsidentin der Österreichischen Liga für Menschenrechte, ehemalige Leiterin des Bezirksgerichts Döbling, ehemalige Präsidentin der RichterInnenvereinigung

Als im Dezember 2023 das Liga-Magazin erschien, konnte man noch hoffen, dass der Krieg im Nahen Osten bald vorbei sein würde. Ganz im Gegenteil dauert der Krieg aber nicht nur an, sondern es drohen ständig neue Eskalationsstufen, so zum Beispiel im Libanon.

Wenig Hoffnungsvolles gibt es aus der Ukraine zu vermelden, auch dort ist ein Ende des Sterbens nicht absehbar.

Die EU-Wahlen brachten einen Rechtsruck, der vor allem auf dem Gebiet der Migration, aber auch des Umweltschutzes nichts Gutes erwarten lässt.

Die Wahlauseinandersetzung in den USA hat bereits zu ersten tödlichen Folgen geführt. Das stellt auch eine ernsthafte Bedrohung der Demokratie dar.

All das bietet aber keine Entschuldigung für eine besorgniserregende Entwicklung auch in Österreichs Politik: Der Ton in der politischen Auseinandersetzung ist rau geworden, nicht selten kommen in politischen Äußerungen Herabwürdigung und Verächtlichmachung zum Ausdruck. Umso mehr liegt es in den Händen der in Österreich lebenden Menschen, sich gegen derartige Entwicklungen zur Wehr

zu setzen. Wir müssen deutlich machen, dass wir in einer offenen, vielfältigen Gesellschaft leben wollen.

In der von uns gewünschten Gemeinschaft genießen Minderheiten Schutz, werden Demokratie und Rechtsstaat respektiert. Die Rolle der freien, unabhängigen Medienlandschaft ist unabdingbar. Diskriminierung – sei es aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Religion und was immer – darf es nicht geben.

Nützen wir die Gelegenheit bei der bevorstehenden Nationalratswahl, all jenen die rote Karte zu zeigen, die mit diesen menschenrechtlichen Grundprinzipien, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist, nichts anfangen können.

Der hochgeachtete österreichische Fußballteamchef hat es mit klaren Worten vorgegeben. Wann, wenn nicht jetzt, ist es Zeit, klare Kante zu zeigen?

Barbara Helige

PS: Wir freuen uns sehr, dass sich unsere so wertvollen Vorstandsmitglieder und ehemaligen Generalsekretäre Sebastian Öhner und Marion Wisinger, obwohl sie sehr wichtige neue Funktionen übernommen haben, trotzdem beispielgebend weiter für die Liga einsetzen! Mehr darüber auf Seite 10.

EDITORIAL

Klimaschutz ist ein Menschenrecht – was nun?



Mit einem zurecht als Meilenstein bezeichneten Urteil erkannte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Anfang April Klimaschutz erstmals als Menschenrecht an. Die Schweiz ergreife zu wenig Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise und verletze damit Art 8 EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention), das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, so der Gerichtshof. Hintergrund des Verfahrens war eine Klage mehrerer Frauen sowie des Vereins KlimaSeniorinnen Schweiz, der die Interessen von mehr als 2.500 Frauen im Pensionsalter vertritt. Als ältere Frauen seien die Vereinsmitglieder ganz besonders durch die Klimakrise in ihrer Gesundheit gefährdet, so die Argumentation. Die Klägerinnen hatten zunächst versucht, ihr Anliegen innerstaatlich geltend zu machen und effektive Klimaschutzmaßnahmen von den Schweizer Behörden eingefordert. Nachdem dieser Versuch in allen Instanzen erfolglos geblieben war, wandten sich die Seniorinnen

schließlich an den EGMR. Dieser erläuterte nun erstmals ausführlich die menschenrechtlichen Verpflichtungen, die die EMRK-Mitglied-



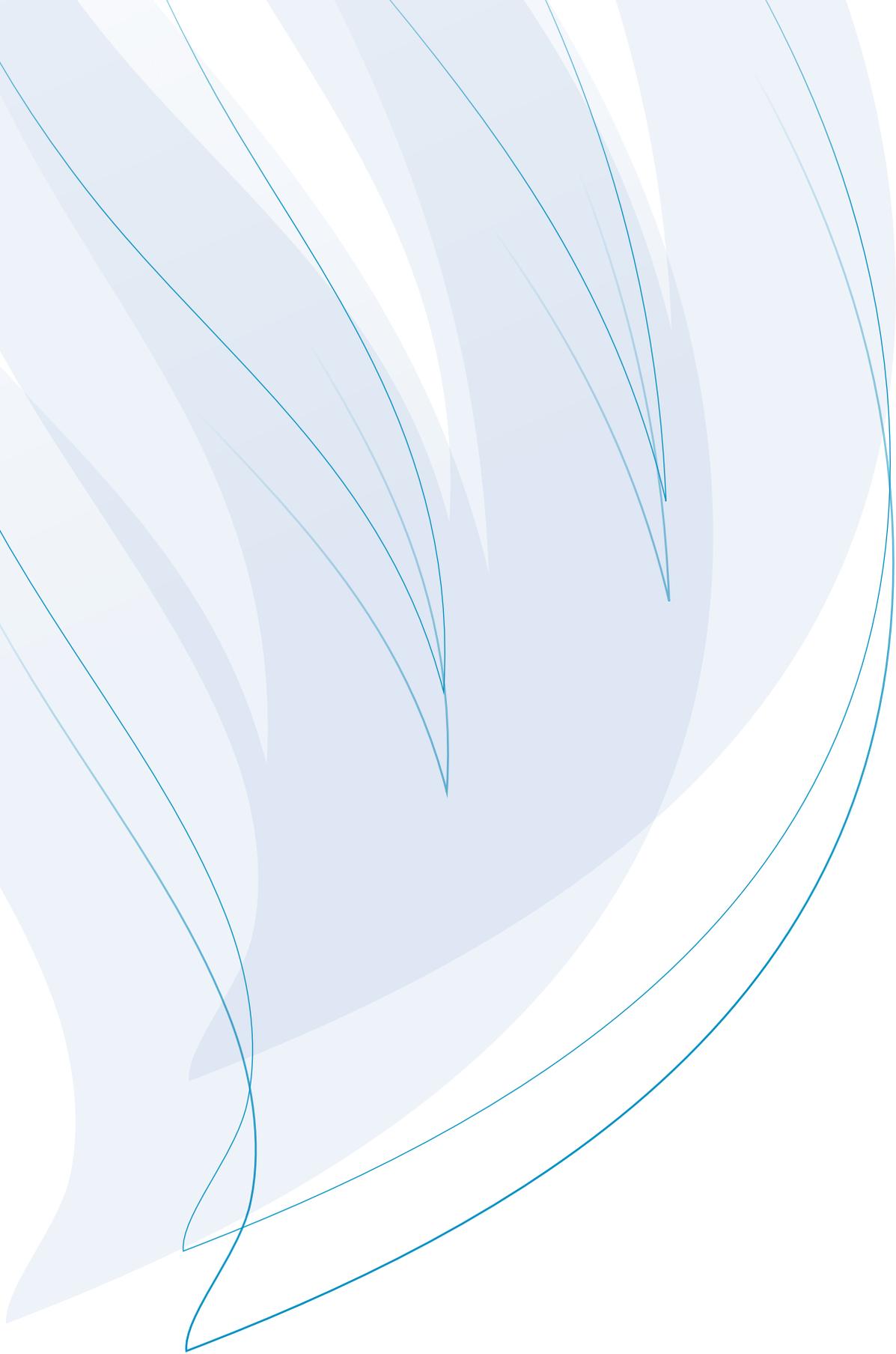
DIE AUTORIN

Judith Fitz

Unsere Gastkommentatorin ist Vorstandsmitglied der Österreichischen Liga für Menschenrechte und Umweltjuristin. Sie forscht unter anderem zu Klimaklagen.

staaten im Kontext der Klimakrise betreffen. So folgt aus Art 8 EMRK ein Anspruch auf wirksamen Schutz durch staatliche Behörden vor den schwerwiegenden negativen Auswirkungen der Klimakrise auf das Leben, die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Lebensqualität. Aus diesem Grund müssen Staaten einen Regelungsrahmen schaffen, um die Klimakrise und ihre Folgen zu mindern. Immer wieder betont der Gerichtshof allerdings auch, dass den Vertragsstaaten insbesondere bei der Wahl der Maßnahmen ein weiter Gestaltungsspielraum zukomme. Die Schweiz habe diesen Spielraum durch mangelnde Klimaschutzmaßnahmen jedoch überschritten. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der EGMR lediglich die Beschwerde des Vereins als zulässig anerkannte, jene der einzelnen Frauen hingegen nicht. Diese Einschränkung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die EMRK keine Popularklagemöglichkeit, also die uneingeschränkte Klagemöglichkeit eines jeden/einer jeden, vorsieht. Vereine, die sich im Bereich des Klimaschutzes und der Menschenrechte engagieren, dürfen die Interessen ihrer Mitglieder und anderer Betroffener aber vertreten und entsprechend einklagen. Auch das ist ein Novum in der Rechtsprechung des EGMR und ebnet den Weg für weitere Klimaklagen.

Überdies stellte der Gerichtshof fest, dass auch eine Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren nach Art 6 EMRK vorliege, weil die KlimaSeniorinnen keine ausreichenden innerstaatlichen Rechtsschutzmöglichkeiten hatten. Auch diese Feststellung ist wegweisend, sind die Möglichkeiten, mangelnde Klimaschutzmaßnahmen gerichtlich überprüfen zu lassen, in vielen Staaten doch sehr eingeschränkt. Zweifellos übt diese Entscheidung großen politischen Druck auf die Vertragsstaaten der EMRK aus. Angesichts der dramatischen naturwissenschaftlichen Prognosen bleibt zu hoffen, dass dieser Aufruf nicht verhallt.



NEUES AUS DER LIGA 

Neues aus der Liga



Das Jahr 2024 hat gefühlt gerade erst begonnen und plötzlich ist der Sommer da! Bei einem Rückblick auf all jene Dinge, die die Österreichische Liga für Menschenrechte seit Jänner getan, bewegt und mitgestaltet hat, ist der Zeitfortschritt dann aber wieder weniger verwunderlich.

Dieses Jahr 2024 ist insofern besonders, als alle Wahlberechtigten aufgerufen sind, mit der Teilnahme an Wahlen richtungweisende Weichenstellungen für unsere demokratische Zukunft vorzunehmen. Die Liga hat dieses Jahr daher unter das Motto „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ gestellt, um sich diesen beiden wichtigen Grundpfeilern der Menschenrechte besonders zu widmen. Menschenrechte können nicht existieren ohne Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und ebenso sind diese beiden Prinzipien die direkte Ausgestaltung unserer Partizipationsrechte.

Sich dieses Verhältnis immer wieder bewusst zu machen hilft, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ihre Errungenschaften nicht als selbstverständlich und vor allem nicht als unerschütterlich hinzunehmen. Das Gegenteil ist der Fall! Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen konstant bewahrt und ausgebaut werden und es bedarf eines entschiedenen Entgegentretens bei jedem noch so kleinen Rückschrittsgedanken. Dass die Zerstörung der Demokratie auch

aus einem demokratischen System heraus geschehen kann, hat die Geschichte mehrfach und auf tragische Weise bewiesen. Die Liga erachtete es daher als dringend geboten, achtsamer denn je auf die demokratischen Prozesse zu schauen und Menschenrechte als einen Grundwert unseres Gesellschaftssystems zu verteidigen.

Dies möchten wir in diesem Wahljahr ganz besonders tun und zwar über verschiedene Kanäle – von Social Media Kampagnen auf Instagram ([oe_ligafuermenschenrechte](#)), Facebook und Twitter (@Oe_Liga_MR) über die Organisation von Veranstaltungen und Demonstrationen bis zum Verfassen grundlegender Orientierungshilfen, um den menschenrechtlichen Überblick im Wahlkampf-Trubel nicht zu verlieren. Im September wird es daher einen Human Rights Talk mit den Menschenrechtssprecher:innen der wahlkämpfenden Parteien geben:

ein Diskussionsformat, bei dem alle eingeladen sind, mitzureden.

Außerdem hat die Liga die menschenrechtlichen Aspekte, die bei den kommenden Wahlen entscheidend sein werden, in zwei Dokumenten festgehalten. Einerseits hat sie im Rahmen ihrer internationalen Arbeit gemeinsam mit den europäischen Schwesternligen ein Zehn-Punkte-Manifest für ein menschenrechtliches Europa verfasst.¹ Andererseits hat die Liga auch einen eigenständigen Menschenrechts-Kompass für die EU-Wahl erarbeitet, der auf unserer Homepage abrufbar ist und in dem die aus unserer Sicht sechs zentralen Bereiche für eine menschenrechtskonforme Politik auf europäischer Ebene dargelegt werden: Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Migration & Asyl, Rassismus & Fremdenfeindlichkeit, Klimagerechtigkeit und Datenschutz & Privatsphäre.





Ein Meilenstein für die Liga im Jahr 2024: das Projekt Menschenrechtsallianz. Bei der Gründungskonferenz war die Ankerbrotfabrik voll bis auf den letzten Platz. Mehr dazu auf Seite 11.

Jedoch auch im Inneren des Vereins bewegt sich etwas. Die Liga bekommt erfreulicherweise immer wieder Anfragen von jungen engagierten Menschen, die sich gerne in die Menschenrechtsarbeit einbringen möchten. Dazu geben wir ihnen gerne die Möglichkeit! Und weil Vernetzung und Austausch essenziell sind für eine gute Zusammenarbeit, haben wir Ende letzten Jahres den „Stammtisch der jungen Liga“ ins Leben gerufen. Hier treffen sich unsere freiwilligen Mitarbeiter:innen mit den Vorstandsmitgliedern der Liga zu einem ungezwungenen Beisammensein und Austausch. Wir freuen uns sehr über diese bereichernde Runde mit jungen Menschen aus den unterschiedlichsten Disziplinen wie Psychologie, Recht, Publizistik, Politikwissenschaften und Geschichte, denn Menschenrechte sind eine echte Querschnittsmaterie und aus jedem dieser Blickwinkel zu betrachten!

Ein weiterer Zweig der Arbeit in der Liga ist das Informieren und Sensibilisieren zum Thema Menschenrechte, unter anderem durch das Abhalten von Workshops. Dies tun wir sehr gerne und schätzen dabei besonders den Austausch, der bei solchen Zusammentreffen entsteht. Im Mai hielten wir beispielsweise einen Workshop mit mehreren Klassen einer Schule in Linz ab. Es ist eine Freude, diesen jungen Leuten einerseits menschenrechtliches Wissen weiterzugeben und andererseits gemeinsam mit ihnen ihren Fragen nachzugehen und Menschenrechte weiterzudenken. Wir freuen uns auf viele weitere Workshops!

Eine finanziell erfreuliche Mitteilung für all unsere Spender:innen zum Schluss: Aufgrund einer Gesetzesänderung war es der Liga nun endlich möglich, um die Anerkennung als spendenbegünstigter gemeinnütziger Verein anzusuchen. Sobald der

diesbezügliche Bescheid eingelangt ist, werden wir dies mit einer großen Aussendung verkünden. Wir freuen uns sehr, dass so unseren treuen sowie den neuen Unterstützer:innen die Möglichkeit gegeben wird, ihren Beitrag für unsere Menschenrechtsarbeit von ihren Steuern absetzen zu können.

1) Es geht darin um die Verteidigung demokratischer Werte und Rechtsstaatlichkeit, um den Schutz von Organisationen der Zivilgesellschaft sowie von Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger:innen, um die Förderung der Gleichstellung und Bekämpfung von Diskriminierung, die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, den Schutz und die Förderung der Rechte von Frauen, darum, das Leben, die Rechte und die Würde von Migrant:innen, Asylwerber:innen und Flüchtlingen zu schützen, um den Respekt von Wirtschaftsakteuren gegenüber Menschen und Umwelt, die Anerkennung des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt und die Bekämpfung des Klimawandels, die Förderung der Rechenschaftspflicht für internationale Verbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen und um die Sicherstellung, dass Demokratie und Menschenrechte im Zentrum der EU-Außenpolitik stehen.

„Da bin ich schon ein alter Hase ...“



So argumentierte Sebastian Öhner in der ORF-Sendung „Wien heute“, als er befragt wurde, ob er mit 27 Jahren nicht sehr jung für die Position des neuen Wiener Kinder- und Jugendanwalts sei. „In dem Bereich Kinderrechte, den ich zu verantworten habe, kann ich auf eine langjährige Erfahrung verweisen.“ Schon bisher war Öhner Rechtsreferent in der Kinder- und Jugendanwaltschaft (Kija). Und bereits als Jugendlicher hatte er sich aktiv in die Arbeit mit Kindern eingebracht.

Die Kriterien für den Job hat Dr. jur. Sebastian Öhner jedenfalls bestens erfüllt, hat er sich doch in einem Hearing des zuständigen Gemeinderatsausschusses gegen zehn Kandidatinnen und Kandidaten durchgesetzt. Zuständiger Jugendstadtrat ist Christoph Wiederkehr, wobei die Ombudsstelle weisungsfrei ist. Seit 1992 prüft sie die Einhaltung des Kindeswohls in allen Bereichen, die Kinder in Wien betreffen.

Wesentlichstes Ziel des frischgebackenen Kinder- und Jugendanwalts: Die Ombudsstelle solle bekannter und leichter zugänglich gemacht werden. „Dafür müssen wir auch mehr in den ‚digitalen Raum‘ gehen und die Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte dort aufklären.“ Verbesserungsmöglichkeiten gebe es aber auch in anderen Bereichen. „Wir werden“, so Öhner, „auch selbst aktiv bei Krisen- und Jugendzentren oder Wohngemeinschaften die Einhaltung von Kinderrechten prüfen.“

Dass auch in jungen Jahren vieles möglich ist, hat Sebastian Öhner bereits in der Liga bewiesen. Seit 2019 ist er ein sehr aktives Mitglied im Vorstand und hat sich mit vielen Initiativen eingebracht – unter anderem auch einer einjährigen Karenzvertretung der Generalsekretärin.

Dabei hat sich gezeigt: Was immer er anfasst, er liefert verlässlich ab.

MARION WISINGER: NEUE PRÄSIDENTIN DES ÖSTERREICHISCHEN PEN-CLUBS

Die Aufgaben der ersten weiblichen Präsidentin in der 101-jährigen Geschichte des traditionsreichsten Schriftstellerverbands sind vielfältig. Sie setzt auf Literaturförderung und Menschenrechtsarbeit und möchte „den PEN zur starken Stimme im Literaturbetrieb machen, um sich für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen“. Der PEN Austria ist eines der 140 PEN-Zentren weltweit. In vielen Mitgliedsländern arbeiten Schriftsteller:innen, Journalist:innen, Verleger:innen, Redakteur:innen und Blogger:innen unter schwierigen Verhältnissen, denn Diktaturen, Autokratien und illiberale Demokratien setzen Schreibende unter Druck.

Das Writers-at-Risk-Komitee des PEN, aktuell in 62 Ländern aktiv, dokumentiert jährlich hunderte Fälle von Bedrohung, Verfolgung, Vertreibung, Folter und Haft. Einige der davon betroffenen Autor:innen sind Honorary Members des Österreichischen PEN. Um deren Stimme zu hören, werden ihre Bücher übersetzt und publiziert. „Es geht um das freie Wort, das es zu bewahren gilt, aber auch um die Entschlossenheit, sich hier in Österreich jeglicher Demontage der Grund- und Menschenrechte entgegenzustellen“, sieht Marion Wisinger als eine ihrer zentralen Aufgaben, somit ist der PEN-Club nun Mitinitiator der Plattform „Wert der Demokratie“, an der sich mittlerweile über 40 Literaturverbände beteiligen.

wert-der-demokratie.at

pen-international.org/news/pen-internationalcase-list-2023-2024





Mehr über
das Programm
der Gründungskonferenz,
deren Ergebnisse und
alle weiteren Schritte
finden Sie auf
menschenrechtskonferenz.at

Der Weg zur Menschenrechtsallianz

Das Projekt „Menschenrechtsallianz“ wurde im letzten Dreivierteljahr zu einer besonders intensiven Aufgabe der Liga im Bereich der Vernetzung. Seit ersten Gesprächen zu dem Thema im Jahr 2022 verdichtete sich die Idee einer Allianz aller im Menschenrechtssektor tätigen Personen und Organisationen, die ihren vorläufigen Höhepunkt in einer von der Liga, Amnesty International und Sabine Zhang organisierten Konferenz am 16. Februar 2024 fand, deren Ziel es war, mit möglichst vielen Interessierten eine künftige Zusammenarbeit zu diskutieren und weitere Mitstreiter:innen zu finden.

Wir freuen uns berichten zu können, dass die Gründungskonferenz im Februar 2024 in der Ankerbrotfabrik in Wien bis auf den letzten Platz gefüllt war. 150 motivierte Menschen aus dem ganzen Sektor waren gekommen, um ihr Interesse zu bekunden und gemeinsam zu überlegen, wie ein Zusammenschluss für Menschenrechte in Österreich aussehen könnte.

Nach bestärkenden Botschaften von Volker Türk, UN-Hochkommissar für Menschenrechte, und Tareq Naguib, Sprecher der NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz, folgten Podiumsdiskussionen zum Thema „Wie kann eine Allianz die Menschenrechtsarbeit in Österreich stärken?“ und „Wege zu einer Menschenrechtsallianz“.

In zehn verschiedenen Workshops arbeiteten und diskutierten die Teilnehmer:innen zu konkreten menschenrechtlichen Problemen, wobei einer davon spezifisch für die Auseinandersetzung mit einer möglichen Struktur für die Allianz vorgesehen war.

Das Ergebnis der Konferenz war großes Interesse an einem Zusammenschluss, Vernetzung und Austausch sowie über 80 Personen, die sich konkret zum weiteren Engagement in der Menschenrechtsallianz bekennen.

Wir als Organisationskomitee haben aus den Rückmeldungen bei der Konferenz drei Wege herausgearbei-

tet, zu denen wir als Nachbereitung und Weiterführung der Gründungskonferenz eine fortgesetzte Arbeit vorgeschlagen und entsprechende Arbeitstreffen organisiert haben:

- 1 Die Organisation einer nächsten Menschenrechtskonferenz 2.0 im Jahr 2025
- 2 Das Arbeiten an einer definitiven Struktur für die Menschenrechtsallianz
- 3 Eine konkrete inhaltliche Zusammenarbeit zum Thema der 2024 stattfindenden Wahlen

Zu diesen drei Bereichen finden seit Anfang Mai 2024 Arbeitstreffen statt, wo in kleinen Gruppen intensiv an der Gestaltung der Menschenrechtsallianz gearbeitet wird. Wir freuen uns sehr über das anhaltende Interesse und die Motivation so vieler unterschiedlicher Beteiligter, sich einzubringen. Wir werden sehen, was die nächsten Schritte bringen, und hoffen, dass sich bald eine starke Allianz für Menschenrechte in Österreich etabliert.

„Cosmosapiens“



Cinema für Menschenrechte

EINE NACHSCHAU ZUR DIESJÄHRIGEN DIAGONALE



Die filmische Umsetzung von Menschenrechtsthemen ist ein wesentlicher Multiplikator der Bemühungen von NGOs, Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen. Das Sichtbarmachen persönlicher Schicksale kann Menschen sensibilisieren, die sich sonst eher wenig mit diesem Thema befassen. Das vielfältige Spektrum macht bewusst, in welchem Zusammenhang Missstände – auch fern von Europa – mit unserer Lebensweise und wirtschaftlichen Prosperität zu tun haben. Daher kooperiert die Liga seit über zehn Jahren bei der Verleihung des Menschenrechtspreises mit dem internationalen Filmfestival „This Human World“. Für diese Ausgabe des Liga-Magazins hat sich der Vorsitzende der Landesstelle Steiermark, der Historiker und Germanist Dietmar Dragarić, einige Filme der diesjährigen Diagonale in Graz angesehen:

Vom 4. bis 9. April 2024 fand in Graz zum 27. Mal ein filmisches Großereignis statt, die Diagonale. Diesmal unter der neuen Leitung von Dominik Kamalzadeh und Claudia Slanar. Gleich eines vorweg: Das neue Duo hat sich bewährt, das Festival ging mit vielen Highlights in bekannter Form und einigen Neuerungen über die flimmernden Kinoleinwände. Vier Festivalkinos boten einer übergroßen Zahl von – vorrangig jüngeren – CinemaenthusiastInnen das Feinste und Beste der weit über Österreich hinausreichenden Filmwelt. Unterteilt war das Filmangebot in verschiedene Kategorien wie Spielfilm, Dokumentarfilm, Innovativer Film, Kurzspielfilm und so weiter. Nahtlos anschließend an frühere Diagonale zeigte sich abermals die ganze Tiefe und Bandbreite der *Conditio humana*. Von vorangehenden erinnere ich mich an einen erschreckenden und bedrückend prophetischen Film über die ungelösten Probleme zwischen Israel und Palästina, an den Publikumspreis der „Kleinen Zeitung“ 2021 für einen Film über die öster-

reichische NS-Vergangenheit und 2023 die Dokumentation „Signs of War“ über den Angriffskrieg Putins auf die Ukraine.

Den auszugweisen Filmüberblick des Jahres 2024 beginne ich mit einem zum Abschluss der Diagonale im kleinen Rechbauerkinio gezeigten Film von Pavel Cuzuioac „Cosmosapiens“. Hier wurden wir in die sowjetische und postsowjetische Welt um das einst größte Spiegelteleskop der Erde geführt. Einer der gezeigten und im Vordergrund stehenden Wissenschaftler verließ Russland mit Beginn des Überfalls auf die Ukraine und ging nach Israel.

Sowohl im Rechbauer als auch im KIZ Royal lief „Besuch im Bubenland“ von Katrin Schlösser. Das grüne Kultfahrzeug, ein noch im Einsatz stehender Steyr-15-Traktor, samt halbbekleidetem darauf sitzenden Buben bzw. Südburgenländern hatte es der mit einem Handy filmenden Regisseurin angetan. Als Besitzer und Benützer eines Steyr 15 ist mir diese Welt vertraut, aber aus der steirischen Entfernung dennoch befremdlich. Ein Film über die burgenländischen Frauen soll folgen.

Eröffnet wurde die Diagonale mit dem Film „Favoriten“ von Ruth Beckermann in der List-Halle. Die Dokumentation über eine (zweite) Klasse der größten Volksschule Wiens im 10. Bezirk stellt ein für Österreich wichtiges Thema, nämlich Migration, Zuwanderung und österreichische Schule, in den Fokus. Die Integration der immer mehr werdenden Jugendlichen aus anderen Teilen der Welt wird entscheidend für unsere friedliche und demokratische Zukunft sein.

Ein besonderer Schwerpunkt waren die Grazer Erkundungen im Kurzfilm-land. Die Programme 1 und 2 im KIZ Royal und im Annenhofkino zeigten folgende Spielfilme: „gül“ von Lidija-Rukiye Kumpas; „Family

Portraits“ von Johannes Hammel; „Er So Sie So“ von Benjamin Heisenberg; „Gana-Neongold“ von Ganael Dumreicher; „Söder“ von Raoul Bruck, „Besser so“ von Lotta Schweikert; „Die Räuberinnen“ von Isa Schieche; „Strangers Like Us“ von Felix Krisai, Pippi Fröstl.

Zwei Kurzfilme seien näher dargestellt: „Besser so“: Entmutigt wirkt eine junge Klimaaktivistin nicht, als sie zum Schluss gelangt, dass sie ihrem Leben ein Ende setzen muss. Auf einem Roadtrip nach Polen setzt sie diesen Entschluss in die Tat um. Ein Wiener Radfahrer bestärkt sie darin. In „Strangers Like Us“ laden Laura und Elias ein erst kürzlich kennengelerntes junges Paar ein. Im Laufe des Abends übernimmt das neue Paar das Gastgeberhaus. Elias fügt sich in das Schicksal, Laura erfüllt sich ihren Wunsch und fährt mit einem Campingbus zu neuen Erfahrungen.

Zum Abschluss dieses kursorischen Berichtes werfen wir noch einen Blick auf den Spielfilm „Sparschwein“ von Christoph Schwarz. Bei der Diagonale 2021 präsentierte er bereits seinen Kurzfilm „Civilization“. Eigentlich wollte Schwarz im Lock-down ein Drehbuch für seinen Langspielfilm „Sparschwein“ erarbeiten. Gedauert hat es dann doch etwas länger, sodass der Langspielfilm erst bei der Diagonale 2024 gezeigt werden konnte. Dieser selbstironische Dokumentarfilm über seine Doppel-moral als Klimaaktivist zeigt, dass die Probleme, die man hatte, oft kleiner waren als die daraus entstandenen. Dieser Film wurde auch im Rahmen der Klima Biennale Wien gezeigt.

Graz ist immer eine Reise wert, besonders zur Zeit des Festivals des österreichischen Films. Der einzige Wermutstropfen der Diagonale 2024: Auch wenn es das Büchlein „Die erste Schicht“ gibt, ist es schade, dass nicht mehr wie in der Vergangenheit ein umfangreicher Katalog aufgelegt wurde.



„Besser so“,
 „Strangers Like Us“



DER AUTOR

Dietmar Dragarić

ehemaliger Direktor
 des Oeversee-Gymnasiums
 in Graz. Er ist langjähriges
 Vorstandsmitglied der
 Österreichischen Liga für
 Menschenrechte und Leiter der
 Landesstelle Steiermark.

„ Wie auch an anderer Stelle in diesem Magazin erwähnt, spielen die Wahlen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene eine wichtige Rolle – Ihre Stimme für die Menschenrechte zählt! “



DIE AUTORIN

Valerie Gruber

Studium der Rechtswissenschaften und Internationaler Entwicklung in Wien, Masterstudium International Relations in Edinburgh, UK. Ab 2018 im Außenministerium, Bereich „Bekämpfung des Menschenhandels“. Seit 2020 bei der Industriellenvereinigung, zurzeit im Büro in Brüssel.

Ein unerfreulicher Zwischenbericht

ES IST HALBZEIT IM ÜBERPRÜFUNGSZYKLUS DER VEREINTEN NATIONEN ZUR LAGE DER MENSCHENRECHTE UND NACH WIE VOR LIEGT KEIN MID-TERM REPORT DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG VOR.

In den letzten beiden Ausgaben des Liga-Magazins wurde der Halbzeitbericht der Zivilgesellschaft angekündigt und zeitgerecht präsentiert, doch der in Aussicht gestellte Regierungsbericht zum Umsetzungsstand der UPR-Empfehlungen fehlt nach wie vor. Dieses Versäumnis zeigt nicht nur die mangelhafte Koordination der Bundesregierung, sondern weist darüber hinaus auf ihre gleichgültige Haltung hinsichtlich einer substanziellen Verbesserung der Menschenrechtsstandards in Österreich hin. Das Monitoring der NGOs zeigt (siehe UPR-Tool der Liga für Menschenrechte) die mangelnde Umsetzung der Empfehlungen aus dem dritten Zyklus. Die Forderung

nach einem Nationalen Aktionsplan Menschenrechte, in dem die Koordination der Berichte und die Umsetzung des UPR festgeschrieben wird, ist und bleibt dringlich.

Die Zivilgesellschaft unternimmt auf vielen Ebenen enorme Anstrengungen, um den UPR bestmöglich zu nutzen. Nun ist zu hoffen, dass die Bundesregierung ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen endlich nachkommt.

Weitere Informationen:

<https://liga.or.at/universal-periodic-review-upr/>

<https://liga.or.at/upr/?assignee=UPR-Empfehlungen&cycle=3>

Am 4. Juli war es so weit:

DIE LIGA VERANSTALTETE EIN KLEINES GARTENFEST.

Der Anlass war, sich bei allen zu bedanken, die in unterschiedlicher Form dazu beitragen, dass mit wenigen Mitteln, aber mächtigem Einsatz doch sehr viel geleistet wird. Eingeladen waren die Vorstandsmitglieder, die einiges an Freizeit opfern, um sich den Agenden der Liga zu widmen. Ebenfalls herzlich willkommen waren die zahlreichen jungen Mitwirkenden, die sich ebenso ehrenamtlich überaus aktiv in die Menschenrechtsarbeit einbringen. Auch mit

dabei waren Mitglieder des Redaktionsteams des Liga-Magazins, ohne deren außergewöhnliches Engagement die Publikation in dieser Form nicht möglich wäre. Und last, but not least: Mit Freude begrüßt haben wir auch ein Mitglied, das die Liga besonders großzügig unterstützt!

Wir hatten Glück, der Wettergott hat es gut mit uns gemeint. Nicht zu heiß, nicht zu kalt, herrschten ideale Bedingungen, um sich auszutauschen. Bei Wurstsalat, Käse

und exquisiten – vegetarischen – afghanischen Spezialitäten (ein Hoch der kundigen Köchin und Spenderin!) und verschiedensten Getränken kam es, auch generationenübergreifend, zu vielen interessanten und lebhaften Gesprächen. Ein Sommerabend, wie man ihn sich nur wünschen kann!

Nochmals ein Dankeschön an alle, die bei der Liga mitmachen – natürlich auch an jene, die dieses Mal nicht dabei sein konnten! Es wird nicht das letzte Fest! gewesen sein ...



Umfassende Kompetenz unter einem Dach



Unter dem Dach des Humanomed Zentrums Althofen befinden sich folgende Einrichtungen:

Kur & GVA | Dialyse | Orthopädische Rehabilitation | Lungen Rehabilitation
Stoffwechsel Rehabilitation | Onkologische Rehabilitation | Herz/Kreislauf Rehabilitation

Humanomed Zentrum Althofen und  Humanomed Bleibergerhof**** - KÄRNTEN

Moorweg 30, 9330 Althofen - KÄRNTEN | T: +43 (0)4262 2071-0 | www.humanomed.at | Zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 & QMS-Reha®

#deineStimme für mehr Vorteile





**MENSCHENRECHTE
IN ÖSTERREICH** 

Die innere Emigration ist der falsche Weg!

WARUM ES SICH LOHNT, FÜR RECHTSSTAAT UND MENSCHENRECHTE ZU KÄMPFEN.

Österreich befindet sich – folgt man der öffentlichen Diskussion – derzeit permanent im Krisenmodus. In Medien aller Art wie auch im täglichen Gespräch werden düstere und bedrohliche Szenarien debattiert. Die Kriege im Nahen Osten und in der Ukraine bereiten den Menschen Sorge, die Klimakrise und die durch Teuerung und Wirtschaftsabschwung schwieriger gewordenen Lebensbedingungen tun das ihrige, um die Stimmung zu trüben. In dieser depressiven Grundstimmung besteht die Gefahr, dass durch Konzentration auf die Probleme – Social Media leisten da einen besonderen Beitrag – die Gesellschaft den Mut verliert.

Aber diese Entwicklung ist nicht alternativlos. Ganz im Gegenteil gilt es, dieser Gefahr couragiert entgegenzutreten und die Proportionen wieder herzustellen: Wir sollten uns in Erinnerung rufen, welche zivilisatorischen Errungenschaften es uns in Europa ermöglicht haben, einen Jahrzehnte währenden Zeitraum der Prosperität zu genießen. Diese positive Entwicklung wurde unter der Ägide einer ständigen demokratischen Weiterentwicklung ermöglicht, die durch einen funktionierenden Rechtsstaat abgesichert wird. Freie Medien und eine kritische Öffentlichkeit üben Kontrollfunktionen aus. Gerade die Menschenrechte sind ein paradigmatisches Beispiel für Demokratie und Rechtsstaat. So hat sich nicht nur die gesellschaftliche Position der Frauen, sondern auch die der Kinder sowie die von Menschen mit Beeinträchtigung deutlich

verbessert. All deren Rechte sind in weiten Bereichen einklagbar. Auf die mit Grundrechten befassten nationalen und internationalen Gerichtshöfe ist Verlass, sie entwickeln die Menschenrechte auch bedarfsgerecht weiter. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Entwicklung leistete jedenfalls auch die europäische Integration. Das, was von großen Teilen der Gesellschaft mittlerweile als selbstverständlicher Anspruch an das Leben formuliert wird, kam nicht von selbst.

Respekt bildet die Basis der Demokratie

Es bedurfte in der Vergangenheit blutiger Revolutionen, in deren Verlauf Kämpferinnen und Kämpfer für die Rechte der Menschen oft auch ihr Leben lassen mussten, um Bürgerrechte, Freiheitsrechte durchzusetzen. Auch die explizite Anerkennung der Menschenwürde, die Formulierung des Gleichheitsgrundsatzes, mussten erkämpft werden. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hat ihre Basis in den Erkenntnissen der Weltgemeinschaft, die nach 70 Millionen Toten im Zweiten Weltkrieg so ein Unglück für immer verhindern wollte. All diese Ereignisse trugen schließlich dazu bei, dass es gelungen ist, nach 1945 in Österreich einen stabilen Staat zu etablieren, dessen Basis eine demokratische Bundesverfassung schon aus dem Jahr 1920 bildet. Diese schafft eine ausgeglichene Machtbalance und tariert die Staatsgewalten fein aus. Dazu braucht es noch politische Entscheidungsorgane, die ihre Verantwortung ernst nehmen, die die demokratische Grundordnung

außer Streit stellen und bedingungslos akzeptieren. Und nicht zuletzt bedarf es auch einer Gesellschaft, die ihrerseits die politischen Entscheidungsträger respektiert, eine politische Öffentlichkeit bildet und die Grundwerte der Demokratie und des Rechtsstaats hochhält.

Wenn nun im Jahr 2024 eine Vielzahl von wichtigen Wahlen stattfindet, so ist das für die Bevölkerung eine ganz elementare Gelegenheit mitzubestimmen, in welche Richtung sich der Staat weiterentwickelt. Das betrifft aber nicht nur die wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Ansätze, sondern auch die Frage, wie es mit unserer Demokratie, dem Rechtsstaat, aber auch den Medien weitergehen soll. Durch die globalen Veränderungen, die Heterogenität der Gesellschaft, die Diversifizierung der Kommunikationsstrukturen und nicht zuletzt die technologische Entwicklung ist die Gesellschaft bei der Entscheidungsfindung mehr als gefordert. Die Reaktion mancher Menschen, sich wegen der Komplexität der Verhältnisse in die innere Emigration zurückziehen, ist der falsche Weg. Ganz im Gegenteil stellt es einen ganz großen Wert dar, dass wir in einem Land leben, in dem es Entscheidungsoptionen gibt. Es besteht die Möglichkeit seriöser Informationsbeschaffung, und auf dieser Basis können wir auch am gesellschaftspolitischen Diskurs teilnehmen. Die gewonnenen Überzeugungen können wir öffentlich kundtun und für sie auch auf der Straße demonstrieren. Und schließlich kann jeder und jede seine politische Meinung ausleben – bis



hin zu einer Parteigründung und einer Kandidatur bei demokratischen Wahlen ist alles möglich.

Selbstverständlich ist Meinungsfreiheit nicht

Offene Kritik an herrschenden Verhältnissen, ein Mehrparteiensystem und die Möglichkeit zu Protestkundgebungen wird in immer mehr Ländern von den herrschenden Autoritäten zuerst zurückgedrängt und häufig schließlich verboten. Verstöße gegen Versammlungsverbote oder unliebsame Meinungsäußerungen werden drastisch geahndet. Es überrascht daher immer wieder, wenn bei Protestkundgebungen und Meinungsäußerungen lautstark Verständnis und Sympathie für autoritäre Regimes geäußert wird. In Russland sind mittlerweile regimekritische Meinungsäußerungen kategorisch verboten, Medienfreiheit ist nicht einmal in Spurenelementen vorhanden. Und Wahlen stellen bestenfalls eine Farce dar. Auch in Europa zeigen politische Parteien immer öfter Tendenzen in eine autoritäre Richtung. Demokratische Spielregeln schätzen sie nur, solange sie sie zu ihren Gunsten nützen können. Kaum an der Macht, werden besonders unabhängige Medien, aber mit derselben Intensität auch Gerichte an die Kandare genommen. Dieser Entwicklung gilt es, entschlossen entgegenzutreten.

In Österreich besteht für alle die Möglichkeit, an der gesellschaftlichen Entwicklung mitzuwirken. Wenn eine doch erkleckliche Anzahl von Menschen, die hier leben, nicht wählen gehen kann, so zeigt sich hier ein Bedarf der Nachbesserung bei der gesellschaftlichen Partizipation. Solange hier Nachholbedarf besteht, bleibt jedenfalls die Möglichkeit, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. Und häufig erkämpften schließlich jene engagierten Menschen weitgehende Verbesserungen, die letztendlich auch zu gesetzlich festgeschriebenen Menschenrechten wurden und jetzt unsere Demokratie schützen!





Beim Wort genommen

ZUR GRÜNDUNG DER GEMEINSAMEN PLATTFORM ÖSTERREICHISCHER AUTORINNEN- UND AUTORENVERBÄNDE FÜR GRUND-, FREIHEITS- UND MENSCHENRECHTE „DER WERT DER DEMOKRATIE“

Was ist naheliegender als ein Zusammenschluss aller Autorinnen- und Autorenverbände, wenn es um die Verteidigung der Freiheit des Wortes oder um die Zusammenarbeit mit internationalen Einrichtungen wie „Writers in Prison“ oder „Writers in Exile“ zur Unterstützung politisch verfolgter Autorinnen und Autoren geht? Als Wunsch und Idee bestand eine solche gemeinsame Plattform für diese und andere grundsätzliche Themenstellungen schon lange. Den entscheidenden Anstoß dazu gaben allerdings weder die international immer dramatischer werdenden Entwicklungen und auch nicht der nächste und wieder nächste politische Tabubruch der Wiederver-

wendung oder Verharmlosung nationalsozialistischer Bezeichnungen und Begriffe, sondern das schrittweise Vorrücken der Tabubrüche in den allgemeinen Sprachgebrauch, in engem Zusammenwirken mit der Verrohung der Umgangsformen in sozialen Netzwerken, auf digitalen Plattformen und in digitalen Foren.

Es führt zu keinem Aufschrei mehr, wenn ein Landeshauptmann-Stellvertreter seine Zeltgäste zum Tag der Arbeit am 1. Mai des Vorjahres mit den Worten begrüßt: „An alle Jäger, die heute schon draußen waren: ein kräftiges Waidmannsheil! Wir gehen immer auf Rot- und Schwarzwild. Und wer Bier trinkt, unterstützt die Landwirtschaft. Also trinkts ordentlich viel Bier! Drei Bier [verschlüsselter Hitlergruß] gehen immer.“ Und

es ist kaum noch der Rede wert, wenn ein Südtiroler Landtagsabgeordneter bei einem Symposium in Wien für von ihm als „Corona-Verbrecher“ bezeichnete amtierende Regierungsmitglieder fordert: „Es müssen Handschellen klicken und ab in den Steinbruch!“ Das und vieles andere in dieser Art kann stolz und unwidersprochen auf digitalen Plattformen in Videomitschnitten gezeigt und verbreitet werden.

Die Narrenfreiheit der Aschermittwochsreden hat sich im politischen Terrain der Ansprachen, Wahlkampfreden und in der politischen Auseinandersetzung festgesetzt. In Medienforen sowieso. Sie machen dort nicht halt, wie die jüngsten tätlichen Angriffe auf Politikerinnen und Politiker oder Wahlkampfphel-



DER AUTOR

Gerhard Ruiss

Österreichischer Autor, Musiker, Geschäftsführer der IG Autorinnen Autoren. Veröffentlichungen u.a.: dreibändige Gesamtausgabe der Lieder Oswalds von Wolkenstein in Nachdichtungen sowie „Kanzlergedichte“, „Kanzlernachfolgegedichte“ und „Kanzlerreste, das Kanzlerneueste“. Letzte Veröffentlichung: „Reimverbote“, Auftragsgedichte, Edition Keiper 2024.

ferinnen und Wahlkampfhelfer und die Wiederkehr politischer Attentate zeigen. Es geht somit längst nicht mehr nur um Schmierereien oder Vandalen-Akte, es geht um Angriffe, Bedrohungen, Verfolgungen und Einschüchterungen genauso in Medienforen wie im öffentlichen Raum. Die Bereitschaft zu politischer Gewalttätigkeit lässt sich somit bereits sowohl an der Wortwahl als auch an Handlungen festmachen. Selbst das lässt sich noch verharmlosen, bis es zur nächsten Eskalationsstufe kommt und zur wieder nächsten Eskalationsstufe. Diese Entwicklungen lassen sich aber auch beim Wort nehmen. Genau das will die Plattform „Der Wert der Demokratie“, die sich aus diesem Grund und zu diesem Zweck gebildet hat, um jede einzelne demokratiegefährdende oder demokratiefeindliche Äußerung beim Wort und jede einzelne dieser Äußerungen ernst zu nehmen.

DER WERT DER DEMOKRATIE

Die Plattform „Der Wert der Demokratie“ versteht sich als Einrichtung, um politischen Akteurinnen und Akteuren, die das demokratische System durch Verleumdung, Hetze, Lüge und Täuschung desavouieren wollen, deutlich und nachdrücklich zu widersprechen. Anbiederungen an menschenfeindliche Diskurse, die Instrumentalisierung von Ressentiments, Anlehnungen an den Sprachgebrauch der NS-Zeit und der Einsatz belasteter Termini sollen kontextualisiert und der Verharmlosung entzogen werden. Die Plattform wendet sich gegen sprachliche und gesellschaftliche Verrohung, meldet sich mit grundsätzlichen Stellungnahmen zu Wort und tritt in Dialog mit allen, die gegen diese Entwicklung Widerstand leisten. Die Mitglieder der Plattform „Der Wert der Demokratie“ erarbeiten und formulieren gemeinsam Texte zu gesellschaftlichen Anforderungen und zur gesellschaftlichen Orientierung und stellen sie zur allgemeinen Diskussion.

Ziel ist, eine politisch-sachliche Diskussion mit der Zivilgesellschaft zu initiieren und Politikerinnen und Politiker darin zu bestärken, differenzierte Haltungen einzunehmen, nicht nur nach außen, genauso parteiintern.

Wir wollen über Wahlkämpfe und Wahlen hinaus eine andere Sprache der politischen Auseinandersetzung etablieren, die nichts schönredet und nicht skandalisiert. Wir wollen die politische Sprache aus ihren Verschönerungstheorien ecken und Werbebotschaften herausholen.

Wir wollen zu einem Sprachgebrauch bewegen, der sich der Verwendung von Begriffen bewusst ist und nicht nur aufnimmt, was mit der Verwendung von Begriffen bezweckt wird.

Wir wollen einer Sprache, mit der die Demokratie sturmreif geredet

werden soll, ihre beabsichtigten Wirkungen nehmen.

Grundsätze, an denen sich die Plattform „Der Wert der Demokratie“ orientiert, sind:

Basis aller Demokratiebestrebungen sind die Verwirklichung und Einhaltung der Grund-, Freiheits- und Menschenrechte. Ohne diesen rechtlichen Rückhalt haben Demokratien keinen Bestand.

Die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Haltungen ist unerlässlich. Nur Wissen kann Vorurteile beiseitigen helfen.

Selbstkontrolle ist ein Wesensbestandteil der Demokratie. Gewaltentrennung und Vielfalt, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit garantieren sie.

Jede Einschränkung der Freiheit und Unabhängigkeit der Kunst, der öffentlichen Meinung, Wissenschaft und Justiz ist eine Beschneidung der Rechte aller.

Zur Plattform gehören: Alte Schmiede Kunstverein Wien, BÖS – Berufsverband Österreichischer Schreibpädagog:innen, Drama Forum, Edition Exil/Verein Exil, Europa-Literaturkreis Kapfenberg, Grazer Autorinnen Autorenversammlung, IG Autorinnen Autoren, IG Übersetzerinnen Übersetzer, Kärntner SchriftstellerInnenverband – KSV, Kolk – Zeitschrift für Literatur, Literarische Gesellschaft St. Pölten, literatur.vorarlberg, Österreichischer PEN Club, Österreichischer SchriftstellerInnenverband, Podium Literaturkreis, Südtiroler Autorinnen- und Autorenvereinigung, Turmbund – Gesellschaft für Literatur und Kunst, Unabhängiges Literaturhaus NÖ, Werkraum Abersee, Wiener Wortstätten u.a.

Weitere Informationen: wert-der-demokratie.at



Diskussion über Strafmündigkeit

Nicht schon wieder! Seit mehr als 40 Jahren, die ich beruflich im Bereich der Justiz erlebt habe und nach wie vor erlebe, wird – nach zugegeben tragischen Vorfällen, verursacht von Unmündigen – der Ruf laut, das Alter für Strafmündigkeit herabzusetzen.

Stehen dann auch noch Wahlen vor der Tür, wird das Thema fast nur noch emotional diskutiert, von Rachegeanken durchwoben. Und es werden einfache Lösungen für komplexe menschliche Herausforderungen angeboten und gefordert, Lösungen, die an einer Problembewältigung weit vorbeiziehen.

Kinder in Gefängnisse zu stecken ist keine Option für eine humanistische Gesellschaft und zudem kontraproduktiv für Sozialisation und Prävention. Vielmehr müsste man Lösungen finden, auch Jugendliche (14- bis 17-Jährige) nicht mit Gefängnisstrukturen zu bestrafen, sondern Maßnahmen setzen, die eine positive Entwicklung fördern. Ein Gefängnis ist, trotz aller Bemühungen des Strafvollzuges, kein Platz für das Lernen von sozial angepasstem Verhalten, kein Platz, um angstfreies und aggressionsloses Leben zu erlernen und zu erleben. Angst und Strafe sind keine guten Lehrmeister.

Zentraler Ausgangspunkt für die aktuelle Diskussion müsste es sein, von der Diskretions- und Dispositionsfähigkeit der jungen Menschen auszugehen und von den Umständen, die zu diesen Fähigkeiten führen. Je jünger die Menschen sind, desto prüfenswerter sind diese Fähigkeiten und umso eher sind diese nicht gegeben. Schuldhaft handelt nur der, der das Unrecht einer Tat einsieht und auch fähig ist, nach dieser Einsicht zu handeln.

Natürlich muss man bei Fehlverhalten reagieren. Klug und notwendig ist es, Fehlverhalten zu erkennen, zu bearbeiten, zu verhindern – und das frühestmöglich. Bereits im Kindergarten, wo die Kleinen erstmals in einer nichtfamiliären Gemeinschaft leben, müssen „Auffälligkeiten“ professionell pädagogisch und psychologisch bearbeitet und aufgearbeitet werden. Je früher pädagogische und psychologische Interventionen starten und greifen, umso eher werden tragische Vorfälle verhindert. Ausreichende Ressourcen dafür fehlen jedoch bundesweit.

Dazu kommt die Überzeugung der „erwachsenen“ bzw. „alten“ Gesellschaft, dass unsere Kinder und Jugendlichen seit Jahrzehnten immer problematischer, schlimmer, unfreundlicher, fauler, respektloser, dümmer etc. werden; was schlichtweg nicht stimmt.

Dazu einige Zitate:

„Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Sie widersprechen ihren Eltern, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer.“

(Sokrates, 470–399 v. Chr.)

„Ich habe überhaupt keine Hoffnung mehr in die Zukunft unseres Landes, wenn einmal unsere Jugend die Männer von morgen stellt. Unsere Jugend ist unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen.“ (Aristoteles, 384–322 v. Chr.)

„Die heutige Jugend ist von Grund auf verdorben, sie ist böse, gottlos und faul. Sie wird niemals so sein wie die Jugend vorher, und es wird ihr niemals gelingen, unsere Kultur zu erhalten.“

(Babylonische Tontafel, ~1000 v. Chr.)

„Der grenzenlose Mutwille der Jugend ist ein Zeichen, dass der Weltuntergang nah bevorsteht.“

(nach Melanchton, ~1530)

Seit tausenden Jahren scheint es ein Bewusstsein zu geben, dass junge Menschen, Kinder und Jugendliche ihrem Entwicklungsstand entsprechend agieren oder eben auch nicht, angepasst oder inadäquat erscheinen, unterschiedlich an Herausforderungen herangehen oder einfach nur „auffällig“ sind – und die Gesellschaft scheint schon jeher damit überfordert bzw. zumindest davon, gelinde gesagt, negativ berührt zu sein. Aus meiner Sicht halten uns die Kinder und Jugendlichen eigentlich nur den Spiegel vor, das heißt, die Gesellschaft muss ihr Tun und Handeln überdenken.

Nun weiß man im 21. Jahrhundert sehr gut Bescheid über Persönlichkeitsentwicklung und mögliche Persönlichkeitsentwicklungsstörungen, über gesellschaftliche Einflüsse, soziale Unterschiede und Ungerechtigkeiten, ungleichen Zugang zur Bildung, Kultur und gesellschaftlicher

Teilhabe. Ein Bezugsrahmen, mit dem man dissoziales Verhalten und das Erlernen dieser Disposition erklären und verstehen kann, müsste vorhanden sein. Es gibt die Wissenschaften und damit die einschlägigen Expertinnen und Experten, die Antworten und adäquate Herangehensweisen anbieten, die abseits von Volkszorn und Schlagzeilengenerierung akut aber vor allem prophylaktisch wirken könnten.

Intensive Unterstützungs- und Betreuungsmaßnahmen, spätestens ab dem Kindergarten, würden viel Leid ersparen und zukünftige Kriminalität massiv reduzieren. Pädagogische und psychosoziale Hilfestellungen für werdende und junge Familien, Mütter, Väter oder sonstige Erziehungsbeauftragte müssen ausgebaut werden (z.B. Aufnahme in den Mutter-Kind-Pass ...).

Alle Maßnahmen, insbesondere pflegschaftsbehördliche, haben Vorrang gegenüber einer Pönalisierung von Kindern – zum Beispiel:

- > Rechtzeitige professionelle Unterstützung
 - in und für Familien, Enttabuisierung der Maßnahmen
 - im Kindergarten
 - in der Schule
 - bei Fremdunterbringung
- > Schaffung von ambulanten und stationären sozialen Einrichtungen mit ausreichender Kompetenz zur erfolgreichen Betreuung, Behandlung und Begleitung
 - jedenfalls kein Gefängnis
- > Im Einzelfall – nach eingehender Prüfung – den stationären Aufenthalt zur Durchführung von therapeutischen Maßnahmen per gerichtlicher Weisung verordnen
 - keinesfalls im Gefängnis

An oberster Stelle muss die Prävention stehen. Die Gesellschaft hat die Pflicht, insbesondere Kindern Chan-

cengleichheit und Unterstützung in jeder Lebenslage zu bieten.

Strafen ist leicht umzusetzen und kontraproduktiv, Fördern und Lenken sind anspruchsvoll, aber wirksam.

Es gibt daher keinen humanistischen und keinen vernünftigen Grund, die Strafmündigkeit zu senken – die Diskussion müsste eher in die Gegenrichtung gehen: gefängnislose Interaktion und gesellschaftliche Reaktion bis zum Alter von 18 Jahren.

**DIE AUTORIN**

Margitta Essenther

Die promovierte Psychologin hat nach einer umfangreichen Ausbildung zahlreiche Stationen in der Jugendgerichtsbarkeit – u.a. 1996–2002 Leiterin der Wiener Jugendgerichtshilfe – durchlaufen. 2002 übernahm sie die Leitung der Sonderanstalt für Jugendliche Gerasdorf, die sie über 20 Jahre inne hatte und wo sie zur Legende wurde. Vortrags- und Seminartätigkeit – etwa für das Österreichische Bundesheer oder Teilnahme an UNO-Projekten.



Jeder Mensch hat Ansprüche ...

DER WEG ZUR GRUNDVERSORGUNG
FÜR GEFLÜCHTETE

Das Betreuungssystem für Geflüchtete, die sogenannte Grundversorgung, ist dieses Jahr 20 Jahre alt geworden.

Die Grundversorgung wurde vor 20 Jahren von vielen Beteiligten als Meilenstein in der Asylpolitik gesehen.¹ Bis zu ihrer Einführung war der Bund (BMI) im Rahmen der „Bundesbetreuung“ für die Versorgung zuständig. Schon in den 1980er-Jahren und davor war die Unterbringung und Betreuung von Schutzsuchenden umstritten. Ein Rechnungshofbericht aus 1989 (publiziert 1990) kritisierte die fehlende Rechtsgrundlage, Mängel in der Organisation und der Finanzverwaltung von Geflüchteten. Es wird angeregt, dass die Unterbringung neu zu regeln sei und aus „fürsorge-

rechtlichen Überlegungen“² die Betreuung von Schutzsuchenden in die Kompetenz der Bundesländer übergehen soll. Eine Neugestaltung der Zuständigkeiten stand zur Debatte. Zum ersten Mal wurde über eine Verteilquote von Geflüchteten auf Basis der Bevölkerungszahl im gesamten Bundesgebiet nachgedacht.

Mit dem „Bundesbetreuungsgesetz 1991“³ wurde erstmals eine finanzielle Absicherung für hilfsbedürftige Asylwerber:innen sowie Leistungen für privates oder organisiertes Wohnen, Verpflegung und Krankenpflege geschaffen. Die Mitwirkung bei der Identitätsfeststellung im Rahmen des Asylverfahrens und Kriterien zur Hilfsbedürftigkeit wurden festgelegt. Es gab jedoch weiterhin keinen Rechtsanspruch

auf Unterbringung und die Zuständigkeit zur Flüchtlingsversorgung lag weiterhin ausschließlich beim Bund (BMI). Durch den fehlenden Rechtsanspruch wurde ein Großteil der Asylwerber:innen in den Jahren 1991 bis 2003 von der Bundesbetreuung willkürlich ausgeschlossen. Nur ein Drittel der Asylwerber:innen befand sich in Bundesbetreuung, der Rest war obdachlos oder wurde von NGOs (not)versorgt.⁴

Mit Erlass der EU-Aufnahme-Richtlinie 2003 wurde der österreichische Gesetzgeber gezwungen, die rechtlichen Rahmenbedingungen für Schutzsuchende neu zu gestalten: die Durchsetzung einer einheitlichen Versorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde musste gewährleistet werden.⁵ Somit unterzeichneten



der Bund und die Länder 2004 die Grundversorgungsvereinbarung – Art 15a B-VG, die mit 1. Mai 2004 in Kraft trat.

Als Ziele wurden eine bundesweite Vereinheitlichung der vorübergehenden Betreuung und Versorgung von Schutzsuchenden festgelegt, eine definierte Aufgaben- und Kostenteilung (60:40) zwischen Bund und Ländern im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit festgesetzt sowie eine faire Verteilung der Geflüchteten in Bezug auf die Bevölkerungsanzahl (Quote) zur Vermeidung einer regionalen Überbelastung definiert. Die wohl wichtigste Errungenschaft ist der Rechtsanspruch auf Grundversorgung für Asylwerber:innen, die hilfs- und schutzbedürftig sind.

20 Jahre Grundversorgung – ein Grund zur Sorge oder ein Grund zum Jubeln?

Generell kann festgehalten werden, dass die allgemeinen Rahmenbedingungen zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten, wie die Aufgabenteilung und Kostenverrechnung zwischen Bund und Ländern und Krankenversicherung für Grundversorgte etc. ihren Zweck erfüllen. Asylwerber:innen sind nicht mehr grundsätzlich von Obdachlosigkeit bedroht. Problembereiche sind vor allem die geringe Finanzierung, die definierten Zielgruppen, die fehlenden Betreuungsstandards, insbesondere für vulnerable Gruppen und die nicht einheitliche Ausgestaltung der Grundversorgung in den Bundesländern.

Die Finanzierung im Rahmen der Grundversorgung ist von Beginn an gering angesetzt worden. Die gedeckelten Kostenhöchstsätze für die Betreuung sind das Ergebnis von Verhandlungen und nicht von Kalkulationen, jährliche Valorisationen sind nicht vorgesehen. In den letzten 20 Jahren hat sich der Tagsatz für die Unterbringung um nicht einmal

10 Euro erhöht (Tagsatz 2004: 17 Euro; 2024: 25 Euro). Die geringe Finanzierung hat Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden Unterbringungskapazitäten, Quartiergeber:innen können unter diesen Bedingungen keine neuen Quartiere eröffnen. Umfassende Qualitätsstandards und geeignete Unterbringungsformen insbesondere für vulnerable Gruppen (allein geflüchtete Kinder, Menschen mit Behinderungen u.a.) sind nicht umsetzbar. Ein Vorzeige-Meilenstein ist das im September 2023 verkündete, zwischen BMI und Stadt Wien ausverhandelte transparente Realkostenmodell: Die tatsächlichen Kosten, die für die Unterbringung entstehen, sollen bezahlt werden.

Die Grundversorgung ist als vorübergehende Unterstützungsleistung während des Asylverfahrens konzipiert worden, nicht für eine Dauerunterbringung. Trotzdem wurden neben Asylwerber:innen auch Personen mit Schutzstatus (Subsidiär Schutzberechtigte und Vertriebene) und Arbeitsmarktzugang als Zielgruppe für die Grundversorgung definiert. Aufgrund des vorübergehenden Charakters sind Arbeits- und Integrationsmaßnahmen jedoch nicht vorgesehen und vorhanden. Das System ist nicht flexibel genug, um Personen mit Schutzstatus und Arbeitsmarktzugang einen guten Übergang in die Selbstständigkeit zu ermöglichen und wird so zur Inaktivitätsfalle und wirkt desintegrativ.

Immer wieder wird die Grundversorgung und damit in Zusammenhang stehende Verpflichtungen oder Verschärfungen durch Politiker:innen kolportiert, wie die Debatten rund um Bezahlkarte und Sachleistungen anstatt Bargeld oder die Diskussionen um die Arbeitspflicht für Asylwerber:innen. Auf dem Rücken von geflüchteten Menschen lässt sich gut Politik machen, gerne wird über sie, aber nicht mit ihnen gesprochen. Allen voran ist jedoch eine sachliche Debatte zur Unterbringung von Geflüchteten notwendig und eine pro-

fessionelle Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Vor allem, damit der Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auch wirklich gewährleistet ist: „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet (...)“



DIE AUTORIN

Dani Krois

Studium der Sozialen Arbeit, seit 2005 im Asyl- und Flucht migrationsbereich tätig. Derzeit Büroleiterin der Stabstelle Ukraine Flüchtlingskoordination der Bundesregierung und Lehrende an der FH Campus Wien.

1) Parlamentskorrespondenz Nr. 198, 18.03.2004 iVm. Christian Filzwieser und Lioba Kasper (Hg.): Jahrbuch Asyl- und Fremdenrecht (2023); Fabits, Pölzl, Webinger: 20 Jahre Grundversorgung – Krisenbewältigung und Lessons Learned, S. 302 ff.

2) Vgl. Sieglinde Rosenberger (Hg.): Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus (2010); Rosenberger, König: Unterbringung regieren. Institutionalisierung eines föderalen Konfliktes, S. 23

3) Gerda Marx: Umsetzung der Aufnahmerrichtlinie in Österreich, migraLex 2005, 821990_453_0.pdf (bka.gv.at)

4) Sieglinde Rosenberger (Hg.): Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus (2010), S. 19–24, 28

5) Vgl. Art 1 Abs 1 und 2 der Grundversorgungsvereinbarung – Art 15a B-VG

Licht in die Dunkelkammer



Journalist:innen waren es gewöhnt, ihrer Arbeit nachzugehen und – im Idealfall – dabei die höchsten, professionellen Ansprüche anzulegen. Sie betrachteten es nicht als ihre Aufgabe, eine interessierte Öffentlichkeit in das Entstehen und manchmal auch Scheitern ihrer Recherchen einzubeziehen. So wurde ich als Journalistin sozialisiert.

Dass sich Medienvertreter:innen, allen voran Innenpolitik-Redakteur:innen, aber auch ihre investigativen Kolleg:innen, im Maschinenraum der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Macht bewegen, gehört zum Job. Dieser geht allerdings mit einer Rolle einher, in der die Lästigkeit angelegt ist: Journalist:innen verkörpern die vielbeschworene „Vierte Macht“ im Staate nur dann, wenn sie sich als Kontrollor:innen, Kritiker:innen und Einordner:innen verstehen, nicht als ziemlich beste Freund:innen von Mächtigen.

Gemocht zu werden ist nicht das Ziel, respektiert zu werden sehr wohl, wobei diese Wertschätzung vorrangig eben jener Rolle zu gelten hat, die Journalist:innen in einer liberalen Demokratie erfüllen. Hier wird nun der Boden rutschig. Wie die polit-mediale Sphäre funktioniert, blieb eine Art „Berufsgeheimnis“, was insofern nicht weiter problematisch war, als „die Medien“ – zumindest jener Teil, der sich der Unabhängigkeit und einer kritischen Distanz verschrieb – auf ein grundsätzliches Vertrauen in der Bevölkerung zählen konnten.

Vieles davon wurde mittlerweile verspielt, und das eigene Verschulden daran ist zu benennen. Stichwort: Regierungsinserate, die an Boulevardmedien ausgespielt wurden und keinen tieferen Sinn hatten, als willfährige Berichterstattung zu erkaufen. Ob eine demokratiepolitisch fahrlässige Medienpolitik, die Gratisblätter aufzettete und Qualitätsmedien aushungerte, oder ruchlose Medienmanager zuerst da waren,



DIE AUTORIN

Edith Meinhart

Sie absolvierte das Studium der Germanistik und Publizistik. Journalistisch seit 1992 tätig, war sie von 1998 bis 2024 Redakteurin des Nachrichtenmagazins „profil“. Aktuell arbeitet sie als freie Journalistin für das investigative Podcast-Format „Dunkelkammer“.

sei dahingestellt. Die Entwicklung nährte jedenfalls das Misstrauen und führte dazu, dass wir Journalist:innen mehr als jemals zuvor unsere Arbeit erklären müssen.

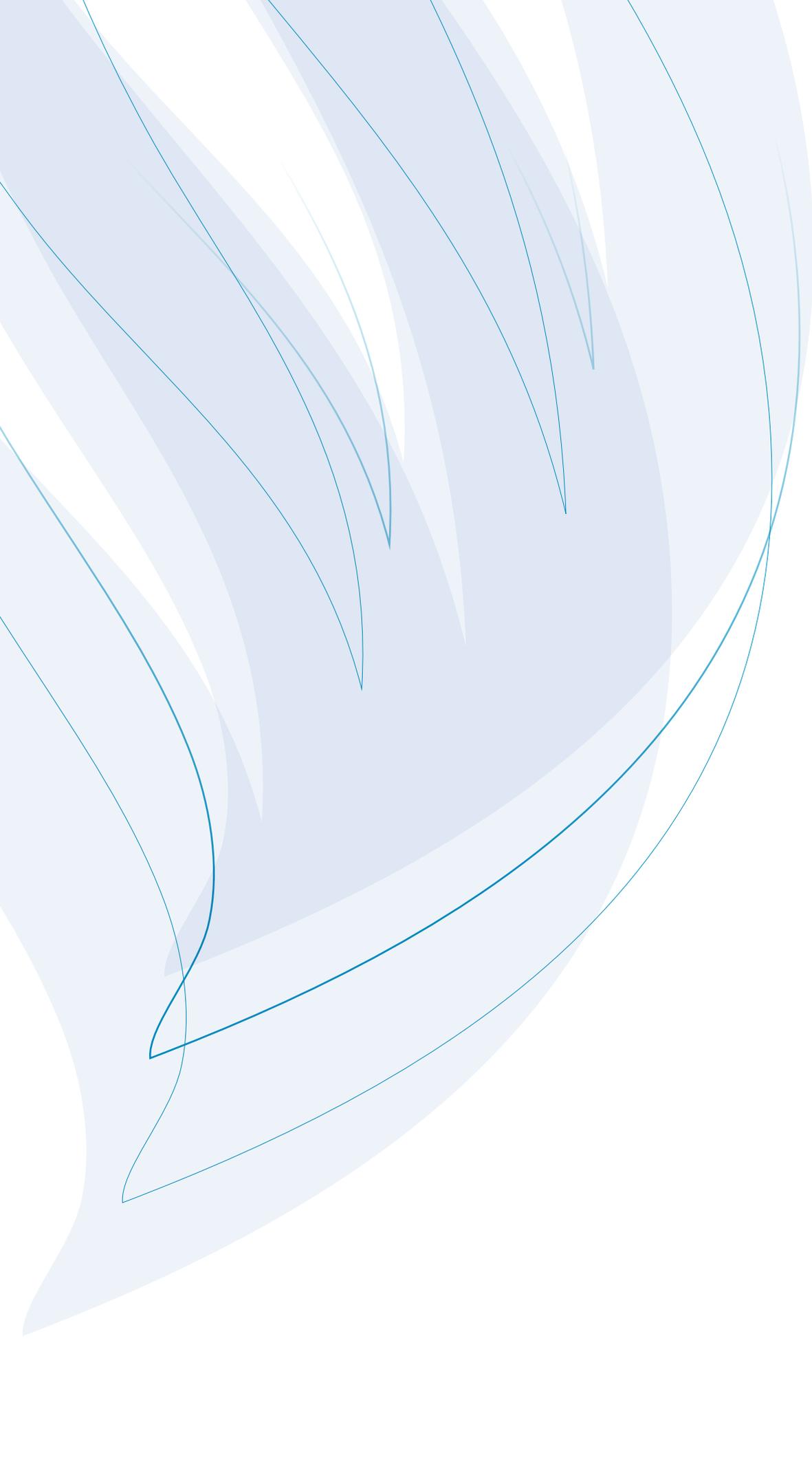
Da stehen wir nun: Wir müssen transparent werden, nachvollziehbar, befragbar. Der von Michael Nikbakhsh, meinem langjährigen Ex-Kollegen beim Nachrichtenmagazin „profil“, 2023 ins Leben gerufene Investigativ-Podcast „Die Dunkelkammer“ versucht genau dieses Versprechen einzulösen. Hörer:innen erfahren, woher Gesprächspartner:innen einander kennen, was sie miteinander erlebt haben, und darüber hinaus erfahren sie, wie Recherchen laufen. Dazu gehört offenzulegen, mit welchen Tricks Journalist:innen ausgehebelt werden, wenn sie Auskunft in Causen von öffentlichem Interesse begehren.

Das Rüstzeug der Mächtigen und ihrer Entourage an Litigation-PR-Leuten und Rechtsanwaltskanzleien reicht von Ablenkungsmanövern über vermeintliche Beantwortungen, die auf Fragen nicht eingehen, bis hin zu Klagen zwecks Einschüchterung oder zumindest ihrer Androhung. Die „Dunkelkammer“, bei der ich seit Anfang des Jahres mitwirke, macht in diesem Sinne qualitätsvollen Journalismus „in Action“ erfahrbar, in der Hoffnung, einer fortschreitenden Abwendung von Institutionen – und am Ende von der Demokratie – entgegenzuwirken.

Je transparenter politische, mediale und gesellschaftliche Machtverhältnisse sind, je mehr Menschen Anteil daran nehmen (können), was Journalist:innen zu bewirken vermögen (und was nicht), desto „erwachsener“ kann berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen ausfallen. Ein hehrer Anspruch, gewiss; das Kalkül dahinter ist jedenfalls schlicht: Je mehr Freund:innen der Demokratie es gibt, desto weniger Auftritt haben ihre Feind:innen.

Podcast:

dunkelkammer.simplecast.com



SCHWERPUNKT MEDIEN UND DEMOKRATIE

Pressefreiheit braucht wirtschaftl

Die größte Gefahr für die Unabhängigkeit der Medien liegt darin, dass niemand – oder jedenfalls viel zu wenige – diese größte Gefahr auch klar erkennt und benennt. Wie fast immer in Österreich starren alle auf den großen Bösewicht einer autoritären Wende. Doch sehr viel wahrscheinlicher ist eine wesentlich subtilere, unscheinbarere Gefährdung. Und dieser Gegner trägt nicht das Gesicht eines Politikers, einer Partei und einer Regierung, die ganz bewusst und in voller Absicht ihre Axt an den Baum von Pressefreiheit und ihre Vielfalt legen.

Dass Freiheit und Unabhängigkeit eine existenzielle ökonomische Dimension besitzen, ist im allgemeinen Bewusstsein kaum bis gar nicht verankert. Wirtschaftliche Unabhängigkeit war und ist in Österreich kein Maßstab für politische Unabhängigkeit. Hierzulande gilt: Zur Not ist da ja immer noch ein gutmeinender Staat, allzeit bereit für Hilfen aller Art. Die Wahrheit ist: Der sicherste Garant gegen jede Form von Abhängigkeit ygeistiger und materieller Natur liegt in der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Handelnden. Das gilt immer und überall, aber ganz besonders für Medien, die sich einem unabhängigen Journalismus verpflichtet fühlen. Daher geht es im Kern um eine Unabhängigkeit vom Staat, für den Fall, dass sich diese staatliche Macht einmal gegen die Freiheit wenden sollte.

Dieser blinde Fleck erweist sich umso fataler in einer Zeit, in der die privaten Medien wirtschaftlich massiv unter Druck stehen. Die Ursachen für diese Entwicklung reichen weit über die Grenzen Österreichs

hinaus. Die digitale Revolution hat das etablierte Geschäftsmodell der klassischen Verlage, das auf dem Verkauf von Printabonnements beruhte, auf den Kopf gestellt – und das Leserverhalten gleich dazu. Insetrate der werbetreibenden Wirtschaft wandern massiv auf digitale Plattfor-

GASTKOMMENTAR



iche Unabhängigkeit

men ab. Hinzu kommen Kostenexplosionen bei Personal, Energie und Papier sowie der allgemeine Vertrauensverlust in Institutionen. Und noch fehlt ein gleichwertiges Erlösmodell für digitalen Journalismus.

Vor diesem Hintergrund werden in so gut wie allen privaten Medienhäusern schmerzhaft Sparpakete geschnürt und Personal wird abgebaut, Tageszeitungen verschwinden vom Markt. Während die Zahl der PR-Jobs in Politik und Wirtschaft sich rasant vermehrt, sinkt die Zahl der Journalistinnen und Journalisten stetig. Diese Macht- und Ressourcenverschiebung hat Folgen.

In Österreich besteht, wie in allen europäischen Staaten, ein duales Rundfunksystem. Private Medienunternehmen und Verlage agieren dabei neben dem öffentlich-rechtlichen ORF. Mit dem Rücken zur Wand stehen in Österreich allerdings ausschließlich die privaten Medien. Der ORF ist als Stiftung öffentlichen Rechts konstruiert, wo aber trotzdem die Politik über die von ihr entsandten Stiftungsräte weitreichenden Einfluss besitzt. Dies umso mehr, als das ORF-Gesetz mit einfacher Mehrheit geändert werden kann.

Wie etliche Beispiele gerade der jüngeren Vergangenheit zeigen, sind es vor allem die öffentlichen Rundfunkanstalten, die ins Visier neuer Mehrheiten geraten können. Vor dieser Versuchung sind weder rechte noch linke Regierungen gefeit. Umso unerlässlicher ist ein starker, wirtschaftlich unabhängiger privater Mediensektor mit journalistischem Ethos. So wie ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk eine Rückversicherung gegen Medienkonzerne ist, die einen (partei-)politischen

Auftrag verfolgen – man denke an Silvio Berlusconis Medienimperium, die Lage in Orbans Ungarn sowie etliche weitere Beispiele –, so unerlässlich sind starke private Medien, um die Fahne des unabhängigen Journalismus hochzuhalten, wenn die öffentlich-rechtlichen gefährdet sind, ihre Freiheit zu verlieren.

Natürlich stehen private und öffentlich-rechtliche Medien zueinander in Konkurrenz. Die belebt bekanntlich das Geschäft und ist zum Vorteil der Kundinnen und Kunden. Allerdings gilt ebenso: Je kleiner der Markt, desto heikler das Verhältnis und umso wichtiger die Rolle, die der Medienpolitik zukommt. Sie entscheidet über die Strukturen, in denen die Medien nicht nur journalistisch, sondern auch wirtschaftlich agieren.

Medienpolitik beschränkt sich in Österreich seit Jahrzehnten fast ausschließlich auf den ORF. Noch hat jede Regierung – mal rabiater, mal subtiler – versucht, ihre Anliegen und Interessen durchzusetzen. Medienpolitik im Sinne von Strukturpolitik ist hierzulande dagegen ein Fremdwort. Das hat sich einmal mehr bei der Einführung einer Haushaltsabgabe für den ORF gezeigt, die ohne breite öffentliche Debatte durchgezogen wurde. Kein Thema war dabei der öffentlich-rechtliche Auftrag des ORF und, davon abgeleitet, dessen Grenzen.

Statt Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Privaten ein erfolgreiches Wirtschaften ermöglichen, werden einfach nur Förderungen verteilt. Am liebsten über den Umweg öffentlicher Inserate. So verfestigen sich ökonomische Abhängigkeiten, weshalb die Politik auch



DER AUTOR

Walter Hämmerle

Er leitet die Innenpolitik der „Kleinen Zeitung“ und war davor Chefredakteur der „Wiener Zeitung“. 2024 wurde ihm der Menschenrechtspreis der Liga verliehen.

noch vom wirtschaftlichen Druck zu profitieren versucht, der in etlichen Medienhäusern herrscht und den sie selbst durch unterlassene Strukturpolitik mitverantwortet.

Um auch dies klar auszusprechen: Österreich ist mit seinen neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern als Markt zu klein, daher braucht es eine Form der öffentlichen Unterstützung. Doch diese Unterstützung muss so aufgesetzt sein, dass sie die Unabhängigkeit des Journalismus strukturell stärkt und nicht schwächt. Zumindest ansatzweise haben dies ÖVP und Grüne in der zu Ende gehenden Legislaturperiode umgesetzt. Doch die 20 Millionen Euro, die 2024 erstmals für Qualitätsmedien ausgeschüttet werden, entsprechen dem sprichwörtlichen Tropfen auf dem heißen Stein. Maßnahmen, die auf eine strukturelle Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit privater Medien abzielen, sucht man dagegen vergebens.

Wahrhaftigkeit und Fiktion

WENDEZEIT FÜR JOURNALISTEN?



Wenn Tatsächliches vom Erfundenen nicht mehr unterscheidbar ist, steckt die Übermittlung von gesellschaftspolitisch relevanten Sachargumenten in der Krise.

Ein „Schlagzeilengewitter“ aus Fiktionen und Tatsachen geht seit einiger Zeit über die Medienwelt und ihre Nutzerinnen und Nutzer nieder. Den leichteren Weg gehen all jene, die sich vorsichtig optimistisch der KI und ihren Algorithmen ausliefern und widerstandslos

Beiträge zur Vermenschlichung des Entmenschlichten liefern oder lesen. Tatsächlich ist es aber so, dass den kritisch Hinterfragenden wie auch den bedingungslos Jasagenden die Fähigkeit abhanden gekommen ist, ihre eigenen Geistesblitze regulierend in den Griff zu bekommen. Diese „Antiquiertheit“ des Menschen hat zur Folge, dass ein sich ständig selbst perfektionierendes System den Menschen in absehbarer Zeit als gestaltendes Subjekt überflüssig macht, womit er zum bedeutungslosen Exekutivorgan seiner eigenen Erfindungen zu werden droht. Menschliche Kreativität als originärer

Gestaltungsfaktor wird keine Rolle mehr spielen.

In den sozialen Medien ersetzen Emotionen jene Fakten, die einst zu Problemlösungen in einem pluralistischen System beitragen konnten. Unter dem Schutzmantel der Anonymität wird eine Scheinindividualität ohne Folgewirkung aufgebaut. Nicht ganz privat und nicht ganz öffentlich, entziehen sich die Apologeten der Fake-News aller Verantwortung für eine gesellschaftspolitische Entwicklung, in deren Mittelpunkt die Verteidigung der Menschenrechte stehen sollte. Diese Ziele werden





Realität oder Fake? KI-generierte Bilder wie dieses tragen zum Verschwimmen der Grenzen zwischen Fakten und Fiktion bei.

durch „neue Informationen“ ersetzt: „Das Behaupten wird zur Recherche, die Reklame gibt sich als Argument aus und Geschrei als Urteil“, schrieb Jürgen Habermas.

Ende Mai dieses Jahres stellte der Klagenfurter Journalist und Autor Harald Raffer in der Bibliothek der Universität Klagenfurt sein Buch „Schlagzeilengewitter“ vor. Auch Raffer argumentiert gegen die Fehlentwicklungen in den sozialen Medien. „Diese sorgen für eine schnelle Verbreitung von Fake News im Netz – schüren Hass, verbreiten Verschwörungstheorien und werfen mit

Des-Infos um sich. Deshalb braucht man guten Journalismus“, betont der Autor. Und eine Leserschaft ist erforderlich, der die Unabhängigkeit von Inseratschaltungen, Unparteilichkeit und eine faktenbezogene Berichterstattung als schützenswert erscheint. Der leidenschaftliche Journalist Raffer scheut nicht zurück, in guter Günter-Wallraff-Manier verschiedene Identitäten, wie etwa jene von Aidskranken, Obdachlosen oder Waffenhändlern anzunehmen. Berichte über seine Interviews mit Papst Johannes Paul II., Gaddafi, Jack Unterweger oder Kurt Waldheim zeigen den versierten Jour-

LITERATUR:

Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen 2. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der industriellen Revolution, Beck'sche Reihe, München, 2002
 Harald Raffer, Schlagzeilengewitter, Drava-Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2024

Jürgen Habermas, Strukturwandel in der Öffentlichkeit, suhrkamp, Frankfurt a. Main, 1990



DER AUTOR

Günter Schmidauer

Leitung der Dramaturgie, Werbeabteilung und Öffentlichkeitsarbeit am Stadttheater Klagenfurt. Mitarbeit bei den Komödienspielen Porcia, Inszenierungen am Stadttheater Klagenfurt, für die Friesacher Burghofspiele und die Kärntner Komödianten. Gründung der VolXBühne. Lehrauftrag an der Universität Klagenfurt.

nalisten, der mit Leichtigkeit auch schwierige Themen zu vermitteln versteht. Für Jungjournalisten ein kluger Leitfaden, für Leserinnen und Leser ein Aufruf, einen Journalismus der Wahrhaftigkeit zu unterstützen, um der Fake-Gesellschaft deutlich Paroli zu bieten.



Er hat mich kalt erwischt – der Hass im Netz ...

Jedes Mal, wenn ich mir als Vorbereitung auf eine Diskussion zum Thema „Hass im Netz“ die Mails ansehe, die ich in meiner Zeit als Gesundheitsprecherin (Anm: im Parlament für die ÖVP) während der Pandemie erhalten habe, tauchen zwei Gefühle auf: die Fassungslosigkeit, wie sich Menschen, die mich überhaupt nicht kennen, über mich äußern, und Widerstand, dass mich Verbalinjuren nicht zum Schweigen bringen können. Die Wucht, mit der verbale, sexualisierte Gewalt auf Frauen in der Öffentlichkeit trifft, ist enorm. Unflätigste Beschimpfungen, wie „Fick Dich Du Sauhure und lutsch lieber dem... den Schwanz“, oder „Immer fleißig weiterleugnen Gaby, wie es Hurenfotzen beliebt“ zählen noch zu den harmlosen, die aber oft auch in Gewaltandrohungen bis hin zu Vergewaltigungsphantasien reichen. Blockieren, löschen, melden – so die Empfehlung von Fachleuten. Wenn es denn so einfach wäre! Das kann auf Social Media helfen, nicht, wenn Mail als Kanal benutzt wird, um sich unter dem Deckmantel der scheinbaren Anonymität auszukotzen. Um anzeigen zu können,

muss ein Dritter mitgelesen haben. HIER muss dringend gesetzlich nachgeschärft werden. Ich werde oft gefragt, ob ich Angst hatte. Ja, es gab Phasen, in denen ich zumindest Bedenken hatte, wenn mich wer unverhofft auf der Straße angesprochen hat. Zu eng liegen „Schwarz, ich hau dir eine rein“ und „Frau Schwarz!“ nebeneinander.

Aber geschwiegen habe ich trotzdem nicht, diesen Gefallen habe ich Hatern, die auf Social Media in ganzen Gruppen organisiert aufgetreten sind, nicht getan. Das eigentliche Ausmaß, was es tatsächlich mit mir gemacht hat, wurde mir bewusst, als mich in meiner ersten Zeit als Volksanwältin eine Dame angesprochen hat und ich unwillkürlich einen Schritt zurückgewichen bin. Also doch, es hat was mit mir gemacht – so wie mit vielen anderen Frauen auch.

Als ehemalige Journalistin und Betroffene bin ich zutiefst davon überzeugt, dass nur gemeinsam die Chance steigt, dass sich Frauen – ob Journalistin, Wissenschaftlerin oder Expertin – gegen Hass im Netz erfolgreich zur Wehr setzen können.

Starke Frauen stärken und unterstützen einander in Netzwerken und schaffen Bewusstsein. Damit er uns nicht mehr kalt erwischt, der Hass im Netz.



DIE AUTORIN

Gaby Schwarz

Volksanwältin seit 2022; als Generalsekretärin des „International Ombudsman Institute“ betreut sie im Interesse von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch den weltweiten Ausbau und die Stärkung von Ombudsstellen.

Hasspostings

TIPPS FÜR BETROFFENE

Verharmlosen Sie Hasspostings nicht. Angriffe und Beleidigungen sind immer ernst zu nehmen. Die Androhung von Gewalt gegen Einzelpersonen oder Gruppen ist kein Kavaliersdelikt. Hassposting/Hatespeech ist eine strafbare Handlung, dies betrifft auch Personen, die problematische Inhalte teilen.

Dokumentieren Sie den Vorfall. Machen Sie Screenshots, speichern Sie URLs und notieren Sie sich Datum und Uhrzeit. Diese Dokumentation kann wichtig sein, wenn Sie die Vorfälle den Behörden melden möchten.

Nutzen Sie Meldefunktionen der jeweiligen Plattformbetreiber, diese haben Hasspostings zu unterbinden und setzen Moderator:innen ein, die Inhalte überprüfen und entfernen. Plattformen können mit Geldstrafen belegt werden, wenn sie Hasspostings nicht effektiv bekämpfen. Ihr Recht: onlinesicherheit.gv.at/Services/News/Hass-Postings-im-Internet---was-sagt-das-Gesetz.html

Wenn Hasspostings Drohungen, Gewalt oder andere strafbare Inhalte erhalten, sollten Sie dies der Polizei melden. Weitere Infos finden Sie unter: saferinternet.at

Antworten Sie nicht auf Beleidigungen, reagieren Sie nicht, bleiben Sie ruhig. Blockieren Sie die entsprechenden Absender und brechen Sie jeglichen Kontakt ab.

Lassen Sie sich nicht auf Diskussionen über Meinungsfreiheit ein, es geht um die Bekämpfung von Hassrede und um Ihren Schutz und um Ihre persönliche Sicherheit.

Unterschätzen Sie die psychische Belastung durch Drohungen und Beschimpfungen nicht!

Nehmen Sie Unterstützung durch Freund:innen und Familie an oder wenden Sie sich an Online-Communities und Selbsthilfegruppen.

Lassen Sie sich von einer Cybermobbing-Beratungsstelle über die weitere Vorgehensweise in Ihrer spezifischen Situation beraten.

Denken Sie daran, dass Hassposting eine Straftat ist, die nicht nur Sie

betrifft. Indem Sie sich dagegen wehren, helfen Sie mit, Täter:innen zu stoppen. Weitere Vorfälle können möglicherweise verhindert werden.

Unterstützen Sie andere Betroffene und zeigen Sie Solidarität, indem Sie positive und respektvolle Diskussionen im Internet fördern. Teilen Sie Informationen über Hassposting und dessen Auswirkungen, um andere Opfer darauf aufmerksam zu machen.

Machen Sie eine Pause von den Sozialen Medien, schalten Sie ab!

#GEGENHASSIMNETZ

ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit

Die Beratungsstelle gegen Hass im Netz unterstützt bei Hasspostings, Cybermobbing sowie anderen Formen von verbaler und psychischer Gewalt im Internet. Außerdem erhalten Sie Unterstützung bei möglichen rechtlichen und anderen Schritten sowie Informationen zu Hilfsangeboten weiterer Einrichtungen. ZARA meldet darüber hinaus die entsprechenden Inhalte bei den jeweiligen IT-Unternehmen, um eine Lösung zu erwirken. Die Beratung kann über Chat, Messenger, E-Mail oder Telefon erfolgen. Persönliche Beratungstermine sind nach vorheriger Terminvereinbarung möglich. Das Angebot ist kostenlos.

zara.or.at/de/beratungsstellen



Es ist zum Fürchten

Es ist eine besondere Kriminalgeschichte, die da seit einigen Wochen in den Buchhandlungen erhältlich ist, ein schonungsloser Blick auf die heimische Medienlandschaft. Welche Formate mit dem fiktiven Blatt „Die Gute“ gemeint sind, ist offensichtlich, ist doch Thomas Schrems, ehemaliger Chronikchef und stellvertretender Chefredakteur der „Kronen Zeitung“, Autor dieses „Boulevardromans“, wie er selbst sein Werk nennt. Und was man immer schon über die Massenmedien und deren politische Verstrickungen zu wissen glaubte, ist hier auf spannende, erschreckend deutliche Weise nachzulesen. Der Protagonist Vinzenz Kluger, ein abgebrühter Chefreporter, bedient sich bei der Aufklärung von geheimnisvollen Vorgängen in Madame Tussaud's Wachsfigurenkabinett nicht nur seiner zweifelhaften Netzwerke,

für eine Exklusivstory setzt er auch Menschenleben aufs Spiel. Schrems beschreibt die Funktionsweise von Berichterstattung und skrupellose Deals, er dokumentiert die Korruptierbarkeit und ökonomische Abhängigkeit derjenigen Medien, derer sich die Mächtigen schamlos bedienen. „Tod einer Randnotiz“ ist mehr als ein Milieuroman im Kriminalgenre, es ist der alarmierende Weckruf eines Insiders, ein drastisches Sittenbild, eine nachdenklich stimmende Zeitzeugenschaft der fortschreitenden parteipolitischen Instrumentalisierung der Medien. Nach der Lektüre der stilistisch vergnüglich-brachialen, jedoch authentischen Erzählstimme ist klar: Der Schaden an der Glaubwürdigkeit der Medien als Instanz der Demokratie ist einfach zum Fürchten.

manchmal sogar herabgemildert, damit es noch glaubwürdig bleibt.

Sittenbild Boulevard in Österreich

Ich nenne es das Spiel der drei großen E:

- > Einfluss
- > Eitelkeit
- > Einkommen

Die Mechanismen der wechselseitigen Begünstigung von Massenmedien, Spitzenpolitik und Teilen der Wirtschaft bleiben stets dieselben, nur die Namen der Puppenspieler und Marionetten wechseln bisweilen.

Blutchronik

- > Ausbeutung von Lebensumständen, je tragischer, je besser
- > Blühendes Geschäft mit dem Unglück anderer
- > „Ich lasse mir eine Story nicht durch Fakten ruinieren.“
- > Motto: Egal, ob eine Geschichte wahr ist oder nicht. Hauptsache, sie könnte wahr sein.

Die „Blutchronik“ ist jedoch stark dem Wandel der Zeit unterworfen, dort nämlich, wo es um die Methoden der Beschaffung von Information und Bildmaterial geht. Wo früher Klinkenputzen angesagt war, Reporter vor Ort ins Leben anderer eindringen, um mit List ans Ziel zu gelangen, regiert heute das Internet. Indes hat das an der Gnadenlosigkeit der Offenlegung anderer Leute Viten und höchstpersönlicher Lebensumstände nichts geändert.

Message-Control

- > Erprobt jahrzehntelang durch Rot/Schwarz, perfektioniert von

Thomas Schrems im Wordrap

Die Liga für Menschenrechte hat Thomas Schrems zu einem assoziativen Wordrap eingeladen:

Roman oder Sachbuch?

Fakt oder Fake? Wie weit reicht und wo endet das Ungeheuerliche, das (kaum) Vorstellbare? Wo beginnt die bloße Vorstellungskraft des Autors? Das ist der Reiz dieses Spiels zwischen zwei Buchdeckeln: Verbinde Tatsächliches mit Erdachtem, schreibe Roman drauf. Ein Werk mit literarischem Anspruch soll es sein. Eines auch, das die zahllosen bizarren Charaktere des Parallelkosmos Massenmedien abbildet, verpackt in eine ebenfalls bizarre Kriminalgeschichte. Die Innenwelt des Boulevards für sich genommen, ist es ohnedies das: ein Sachbuch,



ZUR PERSON

Thomas Schrems

26 Jahre lang Journalist bei der Kronen Zeitung, heute freier Schriftsteller. Verfasser von Sachbüchern, Romanen und Kurzgeschichten.



Sebastian Kurz und Medien-Pitbull
Gerald Fleischmann – einer, an
dessen Beispiel wir sehen: Kaum
bist du geschasst, bist du schon
wieder etwas. Die Familie hilft
eben immer.

- > Die Kommunikationsabteilungen
von Ministerien, Ländern und
Parteien: Von Tag zu Tag immer
noch größer, bewerfen sie uns mit
unser eigenes Steuergeld mit als
journalistische Arbeit getarntem
Dreck.

Klick. Klick. Klick.

Echte Bilder waren das noch gewesen, von Könnern
gemachte Bilder, Reporterbilder, die längst nicht alle in
die Druckerpressen liefen, die als Aufmerksamkeiten an
Ärzte und Sanitäter Pinnwände in Aufenthaltsräumen
schmückten, Reporterbilder auch, die Einsatzorga-
nisationen zur Schulung dienten, Auszubildende
reihenweise umkippen ließen, in polizeiliche Ermitt-
lungsakten wanderten und mitunter im Verborgenen
weitergereicht wurden wie seltene Sticker einer Fuß-
ballweltmeisterschaft, ja, diese Reporterbilder waren
andere gewesen. Damals. Und sie waren der Klebstoff
einer im Schaudern verschworenen Gemeinschaft,
fingen bei abgetrennten Gliedmaßen an und endeten
bei weggesprengten Schädeldecken. Makroaufnahme,
verstehst sich. (...)

Später, wie im Paarlauf mit Klugers Aufstieg, kamen an-
dere Hände. Da ein Pressechef, dort ein Kabinettschef.
Da eine Ministerin, für Inneres, für Bildung, ein Minister
für Landwirtschaft. Dort ein Kanzler, der bei der
Zeitung ein und aus ging, den Herausgeber insgeheim
Onkel rief. Saufen mit dem Bürgermeister, saufen im
Weinkeller des Ministeronkels und hinterher, den Minis-
ter im Schlepptau, auf der Tankstelle vor der Redaktion.
Singapur, New York, Berlin, Washington, Calgary,
Boston. Ankara. First Class auf Regimentskosten. First
Class waren aber immer auch die Geschichten, die
Kluger hinterher abliefern. Zufriedene Gesichter in
den ministeriellen Stuben, neue Einladungen. Die eine
Hand, die andere Hand. (...) Kluger blickte um sich,
stöhnte. Ein Kapazunder des Mammons reihte sich
hier an den anderen. Ein Beispiel ums andere, wo die
Macht des Kapitals über das Redaktionsstatut (hatten

sie so was überhaupt?)
obsiegt, wo der Freigeist
der Journaille unter die
Räder der Geldsäcke kam.
Bei ihnen, der Guten, war
das weniger Anlass zur
Unruhe, denn Zeichen
von Kontinuität. Aber die
Qualitätsblätter? Dort,
hörte man, ging es mit
der Freiheit des Wortes
auch allmählich den Bach
runter. Und die Nähe von
Chefredaktionen und
Parteichefs war nichts,
was die Gute exklusiv
für sich beanspruchen
könnte. Andererseits,
was kümmerte ihn, wie es
anderswo lief? Hatte er
nicht genügend Mist im
eigenen Stall?



Podcast
zum Buch:



aus: Thomas Schrems:
„Tod einer Randnotiz“.
Boulevardroman,
Gmeiner Verlag, 2024

Martin Wassermair: unter anderem auch im Vorstand von „Reporter ohne Grenzen“ – als erster und einziger Vertreter aus dem nicht kommerziellen Rundfunk



INTERVIEW

Herr Wassermair, wofür brennen Sie?

Für alles, was im kritischen Sinn mit Politik zu tun hat. Wir müssen das, was wir erreicht haben, erhalten und weiterentwickeln. Was heute in der politischen Auseinandersetzung fehlt, ist eigentlich eine Sphäre des Politischen, die von der Entpolitisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche zurückgedrängt wird. Hier darf es keine Rückschritte geben, auch keine Stagnation. So habe ich zum Beispiel schon 2004 einen Beitrag für das Magazin der Liga für Menschenrechte geschrieben, zum Thema „Informationsfreiheit als Menschenrecht“.

Könnte sein, dass wir das heute wieder bei Ihnen anfragen würden!?

Genau. Das Thema ist heute wieder – oder noch immer – von Bedeutung. Auch an der „Digitalisierung und ihren Folgen“ war ich mit einer im Museumsquartier sehr aktiven

Netzkultur-Institution namens „Public Netbase“ schon in den 1990er-Jahren dran. Da haben wir zum Zusammenhang von Internet, Gesellschaft und Politik verschiedenste Veranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen gemacht.

Ist das nicht ein bisschen zermürbend, wenn man in alten Unterlagen blättert und sieht, dass so vieles praktisch unverändert aktuell ist?

Nun ja, die Umstände sind dann doch auch immer wieder anders. Als Junger hatte ich – wie viele – das Ziel, die Welt ein Stück besser machen zu wollen. Und einiges ist ja auch geglückt. Das beflügelt mich für gegenwärtige und zukünftige Projekte.

Dann erzählen Sie uns doch etwas über sich.

Ich komme aus einer Kleinstadt am flachen Land, sehr provinziell, sehr konservativ geprägt. Dennoch, bei

„Wassermair sucht den Notausgang“...

... IST DER TITEL EINER DISKUSSIONSENSENDUNG AUF DORFTV, EINEM DER DREI NICHT KOMMERZIELLEN FERNSEHENDER ÖSTERREICHS. TV-MACHER-MARTIN WASSERMAIR IST AUFGEWACHSEN IM OBERÖSTERREICHISCHEN GRIESKIRCHEN, HAT VIELE JAHRE IN WIEN GELEBT UND GEARBEITET – UND EINIGE IM AFRIKANISCHEN KAMERUN. ER ZEIGT, WAS ALLES MÖGLICH IST, WENN MAN SICH FÜR EINE SACHE WIRKLICH ENGAGIERT.

INTERVIEW

uns in Grieskirchen gab es in den 1980er-Jahren einen Kulturverein in einem eigenen Haus, mitbegründet vom ehemaligen ÖVP-Innenminister Ernst Strasser, als junger Mann noch linksalternativ. Aus meiner Sicht war das Land aber mit überregionalem Angebot kulturell unterversorgt – und ich habe mich schon mit 16 Jahren dafür eingesetzt, dagegen etwas zu unternehmen. So bin ich schon früh in die Kulturpolitik gekommen und durfte als Vertreter für die oberösterreichischen Kulturinitiativen auch an inhaltlich programmatischen Entwicklungen mitwirken.

Daneben habe ich während der Schulzeit mit meinem Bruder die Initiative gestartet, Shoa-Überlebende einzuladen. Wir haben sie einfach angerufen und dann in Schulen in unserer Nähe Termine mit ihnen ausgemacht. So habe ich Hermann Langbein, Regine Chum und Fritz Kleinmann, die allesamt Auschwitz überlebt haben, persönlich kennengelernt. Und sie haben mir letztlich

ermöglicht, dass ich 1996 im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands meinen Zivildienst machen durfte. Das hieß, wissenschaftlich mitarbeiten an dem damals in Gang gesetzten Projekt einer namentlichen Erfassung der österreichischen Shoa-Opfer. Dafür durfte sogar das Archiv der Opferfürsorge Wien geöffnet werden, das an sich unter Verschluss war. Franz Vranitzky hatte zuvor bei einem aufsehenerregenden Besuch in Yad Vashem der Welt versprochen, dass Österreich seine Verantwortung ernst nimmt und die Aufarbeitung angeht.

Für diese Zeit bin ich wirklich dankbar, das war eine super Mischung. Ich war damals – 1989 hatte ich mein Studium mit Fokus auf Zeitgeschichte begonnen – im ersten Semester, hatte meine kulturpolitische Arbeit, mein Studium, den Zivildienst im DÖW und gleichzeitig die Möglichkeit, viel zu publizieren. Überhaupt war das eine Phase, in der viel möglich war.



DIE AUTORIN

Andrea Helige

Studium der Volkswirtschaft, Wirtschaftsjournalistin bei den „Finanznachrichten“, Pressesprecherin von BM Ferdinand Lacina. Chefredakteurin von „OPTION“. Seit 1990 Kommunikationsberaterin. Chefredakteurin des Liga-Magazins.



Inwiefern?

Zum Beispiel mein erster Kontakt mit dem Radio. Mit der Kulturplattform Oberösterreich war ich Mitbegründer von Radio FRO, dem Freien Radio in Linz. 1998 kam das Aufbrechen des Rundfunkmonopols, schon ein Jahr später sind dann viele auf Sendung gegangen. Daher feiern 2024 auch die ersten Freien Radios das Jubiläum des Vierteljahrhunderts.

Worauf ich aber wirklich stolz bin, ist ein Projekt, das ich – im Rahmen von Public Netbase – ins Leben gerufen und von 2002 bis 2015 als Projektleiter betreut habe: die Orientierungshilfe im Internet Wahlkabine.at. Dieses erfolgreiche Instrument der Politischen Bildung funktioniert nur, indem Sie ein enges Austauschverhältnis mit den Parteien haben. Sie entwickeln Fragen und müssen das dann an Parteien zur Beantwortung weitergeben. Aus dieser Zeit habe ich auch heute noch viele Kontakte, die natürlich auch aktuell für die Arbeit viel bringen.

Womit wir bei DORFTV wären.

Dort bin ich 2015 mehr oder weniger hineingestolpert. Ich bin nach einem mehrjährigen Aufenthalt in Kamerun zufällig auf einen der Betreiber gestoßen, der mich eingeladen hat, bei DORFTV mitzumachen. – „Wir suchen gerade jemanden so wie dich.“ Ich habe mich eigentlich damals nach einer längeren Krankheit noch nicht fit genug gefühlt, war ein Suchender. Es hat aber nur fünf Minuten gedauert, mich zu

überreden. DORFTV realisiert ein alternatives, ein selbstbestimmtes Medienverständnis, da müssen Sie auch nicht perfekt sein, sondern vor allem Esprit, Leidenschaft und Ambition mitbringen – und natürlich das notwendige Interesse für kritische Öffentlichkeiten.

Wie man sieht, war der Job für Sie mehr als ein Notausgang ...

Das kann man sagen. Heute bin ich Leiter der Politik-Redaktion. Natürlich war es am Anfang sehr schwer, aber da konnte ich eben doch meine Kontakte aus meinen früheren Tätigkeiten einbringen. Heute heißt es, die Gäste kommen zum Wassermair. Es gibt sogar welche, die fragen, ob sie kommen dürfen. So viele Sendungen habe ich gar nicht.

Können Sie Beispiele nennen?

„Wassermair sucht den Notausgang“ war meine erste Sendereihe bei DORFTV und die gibt es noch immer. Das ist ein flexibles Format, mehrmals jährlich, zeichnet Porträts und hier sind die verschiedensten Leute zu Gast, sehr entspannt, aber nicht oberflächlich. Was diese Sendung auszeichnet: Es gab bisher in über 40 Sendungen nur Frauen. Das war ursprünglich nicht so intendiert. Aber ich habe daran festgehalten, weil große TV-Anstalten immer monieren, es sei so schwierig, Frauen zu finden. Das stimmt überhaupt nicht. Wenn Sie es ernsthaft angehen, finden Sie hunderte Frauen, die unglaublich viel zu sagen haben,

sehr geschickt sind und sich schon durch ihr Kommunikationsverhalten wohlthuend unterscheiden. So möchte ich stellvertretend für viele andere die Journalistin Edith Meinhart, die ehemalige Politikerin Heide Schmidt, die Schriftstellerin Gertraud Klemm oder die Philosophin Isolde Charim nennen.

Aber natürlich möchte ich auch auf mein Königsformat „Der Stachel im Fleisch“ hinweisen. Hier setze ich mich im Rahmen von Studiodiskussionen mit Themen wie etwa jüngst „Politik und Meinungsfreiheit“ auseinander. Also mit politischen Fragen, die für unsere Zukunft – siehe die kommenden Wahlen – ganz fundamental sind.

INTERVIEW

Und worin unterscheiden Sie sich von anderen TV-Sendern, die hier ja auch ein breites Angebot liefern?

DORFTV will natürlich anders sein. Wie schaffen wir das? Wir wollen nicht „more of the same“ produzieren, sondern hauptsächlich der politischen Diskussion mehr Raum geben. Meine Formate haben 50 Minuten plus, 60 Minuten, ganze zwei Stunden. Wir reproduzieren nicht einfach, was die Menschen ohnehin permanent sehen, sondern konzentrieren uns sehr themenfokussiert darauf: Wer hat was zu sagen? Da geht es nicht darum, die großen Namen zu haben, sondern eher Leute, die Sichtbarkeit brauchen, die gehört werden sollen, die beispielsweise hochspannende politische Lösungsansätze verfolgen – und die einfach auf die Agenda müssen.

Was uns auch unterscheidet: Wir sind nicht quotengetrieben. Ich habe daher auch nichts zu Lena Schilling gemacht, das haben eh alle anderen. Das ist ein Vorteil des nicht kommerziellen Rundfunks. Wir müssen schon per Gesetz anders sein, bei DORFTV ist Werbung verboten. Wir bekommen Geld aus der Rundfunkförderung, da gibt es einen eigenen nicht kommerziellen Rundfunkfonds. Die Ausstattung ist allerdings bescheiden. 17 Radio- und TV-Sender bekommen aus diesem Topf insgesamt gerade einmal 6,25 Mio. Euro.

Das heißt, Sie müssen Ihre Kräfte bündeln ...

Ja. Aber das heißt nicht, dass wir uns inhaltlich keine ambitionierten Zielsetzungen geben können. Ich sehe das gerade in Oberösterreich. Es gibt auch ein Leben jenseits der Großstadt. Wir brauchen kritische Öffentlichkeiten. Und da ist natürlich DORFTV auch ein Medium dafür. Wo wird denn über Menschenrechte verhandelt? Wo wird denn darüber gesprochen, dass wir ein Bildungssystem haben, das Menschen eigentlich überhaupt nicht im Sinn

eines aufgeklärten Wesens in der Gesellschaft führt? Oder zur Pressefreiheit: Was heißt das eigentlich, wenn Menschen in der Politik Informationsleistungen verweigern? Es gibt so viele Missstände, da braucht es niederschwellige Aufklärung.

Es gibt natürlich Medien, die darüber berichten, aber vieles ist kurzatmig und bleibt in der Etappe stecken. Ich versuche dran zu bleiben. Höflich, aber konsequent. Meine Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner können sich darauf verlassen, dass ich sie nicht „anrotze“, aber um wichtige Fragen keinen Umweg mache. Wobei: Über mangelndes Feedback in der lokalen Bevölkerung können wir uns nicht beklagen ...

Welche konkreten Pläne gibt es für die nächste Zeit?

Der erste ist nicht nur aktuell, sondern auch ein großer Wurf. Es gibt ja drei nicht kommerzielle TV-Sender in Österreich. Das sind DORFTV in Oberösterreich, OKTO in Wien sowie FS1 in Salzburg. Gesetzlich sind sie gleich definiert, aber wir

sind sehr unterschiedlich in der Philosophie. Zum ersten Mal in der Geschichte des nicht kommerziellen Rundfunks machen alle drei TV-Stationen ein gemeinsames bundesweites Politikformat. Das nennt sich „Das Dreieck – Politik und Debatte im Community-TV“. Ich bin sozusagen der Chefredakteur und der Hauptmoderator mit wechselnden Co-Moderatorinnen und -Moderatoren. Es gibt dieses Jahr anlässlich der NR-Wahl fünf Sendungen. Drei im Vorfeld, dann die Berichterstattung aus dem Pressezentrum am 29. September, die ich mit meiner jungen Kollegin Natalija Traxler von FS1 gemeinsam mache. Und in Folge gibt es noch eine Sendung zur Nachbetrachtung. Das ist ein ganz, ganz großes Ding. Weil wir können Unabhängigkeit garantieren – und gemeinsam immerhin 1,2 Millionen Empfangshaushalte erreichen.

Natürlich verlangt uns das unheimlich viel ab. Es gibt keine finanziellen Mittel dafür und wir wissen nicht einmal, wie wir die Studio-Deko finanzieren können. Aber wir werden es schaffen. Und ich kann nur sagen: Sehen Sie sich das an!



Interviewgast Gunther Trübwasser: Menschenrechtsaktivist mit zahlreichen Verdiensten und Träger des Menschenrechtspreises 2021 der Liga



Ein unabhängiger ORF als demo

Am 10. Juli 1974 wurde im Nationalrat das BVG-Rundfunk als verfassungsrechtliche Grundlage für den ORF beschlossen. Für die demokratische Meinungsbildung ist öffentlich-rechtlicher Rundfunk angesichts von Propagandaplattformen, Parteimedien und der von Jürgen Habermas beschriebenen „fragmentierten Öff-

fentlichkeit“ so wichtig wie wohl nie zuvor. In Erfüllung seiner öffentlichen Aufgabe ist der ORF einem gesetzlichen Auftrag und dem Objektivitätsgebot verpflichtet. Aufgrund seiner Finanzierung durch die Allgemeinheit ist er weitgehend von Marktgesetzhelikeiten befreit. Damit unterliegt er nicht nur strengeren Regeln als private kommerzielle und nichtkommerzielle Medien, sondern folgt auch einer

anderen Logik. Gemeinsam sollen diese drei Medientypen eine verlässliche Information der Allgemeinheit als Grundlage des demokratischen Gemeinwesens sicherstellen.

Unabhängigkeit als Funktionsvoraussetzung

Zentrale Voraussetzung für die Erfüllung seiner öffentlichen Aufgabe



RF

kratische Notwendigkeit

EINE KLARSTELLUNG AUS
GEGEBENEM ANLASS

und letztlich auch für Legitimation und Akzeptanz seiner Finanzierung durch die Allgemeinheit ist die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dementsprechend verlangt das BVG-Rundfunk, dass die Unabhängigkeit zu gewährleisten ist. Das bedeutet, dass der Gesetzgeber Strukturen zu schaffen hat, die schon die bloße Möglichkeit von unzulässiger Einflussnahme verhindern. Nun

wird in der Debatte immer wieder vorgebracht, dass die handelnden Personen Kraft ihrer Integrität schon für die notwendige Unabhängigkeit sorgen würden. Aber wenn man sich auf diese persönliche Integrität ver- und die notwendigen gesetzlichen Strukturen außer Acht lässt, bleibt Unabhängigkeit nicht mehr als ein historischer Zufall. Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass das

BVG-Rundfunk zwar seit 50 Jahren die Unabhängigkeit des ORF verlangt, die einfachgesetzlichen Bestimmungen dieser verfassungsrechtlichen Vorgabe aber nicht gerecht werden.

Verfassungsrechtliche Leitplanken als Bestandsgarantie

Daher verwundert es auch nicht, dass der VfGH (Verfassungsgerichts-



DER AUTOR

Walter Strobl

Jurist mit Schwerpunkt Urheber- und Medienrecht. Leiter des Rechtsdiensts Journalismus beim Presseclub Concordia.

hof) mit der vom Burgenland initiierten Gremienentscheidung (2023) wesentliche Bestimmungen des ORF-Gesetzes für verfassungswidrig erklärt hat. Mit diesem Erkenntnis hat der VfGH aber auch den Bedeutungsgehalt des BVG-Rundfunk gestärkt, indem er nicht nur die Unabhängigkeitsgarantie präzisiert, sondern darüber hinaus auch eine Funktionsgarantie ausgesprochen hat. Zusammen mit der schon in der Gebührenentscheidung (2022) aufgestellten Finanzierungsgarantie sichern diese „verfassungsrechtlichen Leitplanken“ die institutionelle Autonomie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und sein Wirken als elementarer Bestandteil der medialen demokratischen Informationsinfrastruktur. Einem Zurechtstutzen auf einen „Grundfunk“, der von manchen politischen Kräften immer wieder ins Spiel gebracht wird, oder gar einer Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollte damit ein verfassungsgesetzlicher Riegel vorgeschoben sein. Gravierende Probleme der Unabhängigkeit sind damit aber freilich nicht gelöst.

Gremien als Einfallspforten für politische Begehrlichkeiten

Die Haupteinfallspforten für unzulässige Einflussnahme auf den ORF sind seit jeher seine Gremien. Große Organisationsfragen, grundlegende Programmentscheidungen und nicht zuletzt finanzielle wie personelle Ressourcen – der zentrale Wille des ORF wird in seinem Stiftungsrat gebildet. Wer Einfluss auf diese Willensbildung hat, kann die Strukturen und Rahmenbedingungen bestimmen, unter denen der ORF seine demokratische Aufgabe wahrnimmt. Das ist letzten Endes auch eine Gefahr für die Inhalte. Dabei kommt es, wie gesagt, nicht darauf an, ob Einfluss auch tatsächlich ausgeübt wird, unzulässig ist schon die bloße Möglichkeit dazu. Deshalb dürfen, mit den Worten des

VfGH ausgedrückt, „Gremien nicht einseitig durch faktisch oder rechtlich zu einer Gruppe verbundene Personen dominiert werden“.

Loyalitätsbindungen und unabhängigkeitssichernde Gegenmaßnahmen

Nun birgt aber schon die bloße Bestellung (eigentlich Bestimmung) zu einem Amt die Gefahr von faktischen Abhängigkeitsverhältnissen in sich. Schon der Jurist Walter Berka wusste, dass „förmliche Weisungsfreiheiten der Rundfunkorgane [...] durch faktische Parteiloyalitäten überlagert werden“. Will man die Autonomie der ORF-Gremien stärken, hat man zwei Hebel. Zum einen kann man das Loyalitätsband zwischen Besteller und Besteltem schwächen, indem man bei der persönlichen Stellung des Gremienmitglieds ansetzt. Zum anderen kann man den Pluralismus bei der Gremienzusammensetzung fördern, durch eine Diversifizierung jener Stellen, die die einzelnen Gremienmitglieder bestimmen. Je weniger Gremienmitglieder von einer einzelnen Stelle bestimmt werden, desto geringer wird ihr potenzieller Einfluss auf das gesamte Gremium.

Realitycheck

Mit beiden Ansätzen hat sich der VfGH in seiner Gremienentscheidung beschäftigt. So nennt er etwa klare

Bestellungs- und Unvereinbarkeitsbestimmungen als unabhängigkeitstärkend. Problematisch dabei ist, dass diese Regeln zwar auf dem Papier bestehen, nach herrschender Rechtsprechung aber bei zumindest 24 von 35 Stiftungsräten und bei 30 von 30 Publikumsräten mangels Zuständigkeit der Regulierungsbehörde gar nicht überprüfbar sind und daher die Unabhängigkeit nicht wirksam sichern können. In Bezug auf den Pluralismus stellt der VfGH fest, dass Kanzler und Regierung derzeit zu viele Gremienmitglieder bestellen. Was er nicht prüft (weil diesbezüglich an den Antrag des Burgenlandes gebunden), ist der Einfluss der politischen Parteien hinter Kanzler und Regierung. Die Frage der Unabhängigkeit gegenüber Regierungsparteien ist also bis heute vom VfGH noch nicht beantwortet.

Verantwortung des Gesetzgebers

Eine Beschwerde des Presseclub Concordia, die sich sowohl gegen die mangelnde Überprüfbarkeit von unabhängigkeitssichernden Regeln bei der Bestellung von Gremienmitgliedern, als auch gegen den beherrschenden Einfluss von Regierungsparteien wendet, ist derzeit beim VfGH anhängig. Der könnte diese Beschwerde zum Anlass nehmen, um weitere „verfassungsrechtliche Leitplanken“ zur Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufzustellen. Der Gesetzgeber jedenfalls hat bis 31. März 2025 Zeit, um zumindest die Vorgaben der Gremienentscheidung umzusetzen. Wünschenswerter, im Sinne der demokratischen Aufgabe des ORF, wäre eine Reform, die eine umfassende Unabhängigkeit gewährleistet, sowohl gegenüber der Bundesregierung, als auch gegenüber den politischen Parteien hinter der Bundesregierung. Das 50jährige Jubiläum des BVG-Rundfunk wäre dafür ein würdiger Anlass.



INTERNATIONALES

Die EU-Wahl ist geschlagen. Wie soll es weitergehen?

DIE ÖSTERREICHISCHE LIGA FÜR MENSCHENRECHTE BEZIEHT POSITION.

Von 6. bis 9. Juni 2024 waren rund 350 Millionen wahlberechtigte EU-Bürger:innen dazu aufgerufen, ihre Stimme für das Europäische Parlament abzugeben. Mit dieser Wahl wurde die Basis für wesentliche Entscheidungen über die Geschicke der Europäischen Union in den kommenden Jahren geschaffen. Dabei ganz wichtig: Das Grundrecht auf Einhaltung der Menschenrechte darf nicht unter die Räder kommen. Das ist die Position der Österreichischen Liga für Menschenrechte.

Die Liga ist ein Verein mit über 500 Mitgliedern, der sich für die Umsetzung und Einhaltung der Menschenrechte im Sinne der allgemeinen Menschenrechtsdeklaration einsetzt. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Situation in Österreich und in der Europäischen Union. 1926 gegründet, sind wir die am längsten bestehende Menschenrechtsorganisation Österreichs.

Mit diesem Positionspapier wollen wir, die Liga, die Wichtigkeit des Europäischen Parlaments für die Einhaltung der Grund- und

Menschenrechte und so für unser aller Leben betonen und auf die – unserer Meinung nach – sechs dringendsten Themen im Bereich Menschenrechte auf EU-Ebene aufmerksam machen. Insofern war es von großer Bedeutung, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Dass die Wahlbeteiligung in Österreich von knapp 60 auf 56 Prozent gefallen ist, ist zweifellos zu bedauern. Das macht es aber vielleicht noch wichtiger, die wesentlichen Ziele klar zu formulieren – und auf ihrer Umsetzung zu beharren.

Die vom Wahlergebnis des Europaparlaments besonders betroffenen Grund- und Menschenrechte:

1. RECHTSSTAATLICHKEIT:

Die Rechtsstaatlichkeit ist ein unverzichtbares Grundprinzip der Europäischen Union. Anhaltende Bedenken bestehen jedoch hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit in bestimmten Mitgliedstaaten (allen voran Ungarn), wobei es vor allem um Fragen der Unabhängigkeit der Justiz, der Korruption und des

Funktionierens der demokratischen Institutionen geht.

Die Österreichische Liga für Menschenrechte spricht sich für stärkere Mechanismen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU aus. Die vorhandenen Sanktionsmittel, wie etwa das Einfrieren bestimmter finanzieller Ressourcen, sollten auch tatsächlich bis zur Behebung der zugrundeliegenden Verstöße durchgezogen werden und nicht als Verhandlungsgut von bestimmten Regierungschefs missbraucht werden können. Wir fordern daher eine verstärkte Prüfung und Durchsetzung rechtsstaatlicher Standards sowie wirksame Sanktionen für Mitgliedstaaten, die dagegen verstoßen.

Die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle bei der Überwachung der Rechtsstaatlichkeitsstandards. Eine gesicherte finanzielle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für den Schutz der Unabhängigkeit der Justiz, die Bekämpfung von Korruption und die Stärkung demokratischer Institutionen einsetzen, ist daher unabdingbar.





2. MEINUNGSFREIHEIT:

In einigen Mitgliedsstaaten ist ein Verfall im Bereich der Medienfreiheit zu beobachten. Es gibt Bedenken bezüglich der Einschränkung der Meinungsfreiheit, der Zensur und der Angriffe auf Journalist:innen – ein besorgniserregender Trend, dem schnellstmöglich Einhalt geboten werden muss.

Die Österreichische Liga für Menschenrechte fordert, aktiv gegen Belästigungen von und Angriffe auf Journalist:innen vorzugehen. Eine unabhängige und pluralistische Medienlandschaft ist ein Eckpfeiler unseres demokratischen Systems. Gesetze, welche die journalistische Freiheit einschränken, sind somit absolut inakzeptabel.

Positive Auswirkungen könnte auch die europaweite Förderung von Medienkompetenz durch öffentliche Kampagnen haben, um eine informierte und engagierte Öffentlichkeit zu fördern.

3. MIGRATION UND ASYL:

Die Europäische Union ist nun schon seit geraumer Zeit mit Herausforderungen im Zusammenhang mit den Rechten von Migrant:innen und Asylwerber:innen konfrontiert – eine zufriedenstellende Lösung ist nach wie vor nicht in Sicht. Einige der drängendsten Punkte sind hierbei überfüllte Flüchtlingslager, unzureichende Aufnahme, Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und anhaltende systemische Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen.

Die Österreichische Liga für Menschenrechte ruft die Entscheidungsträger:innen dazu auf, eine humane Behandlung und menschenwürdige Lebensbedingungen für Migrant:innen und Asylwerber:innen während des gesamten Verfahrens zu gewährleisten. Dazu gehören Maßnahmen gegen überfüllte Lager, die Verbesserung des Zugangs zu



Gesundheitsversorgung und Bildung sowie die Gewährleistung fairer und transparenter Asylverfahren. Genau diese Rechte werden jedoch durch die vorgesehenen Änderungen im neuen Migrations- und Asylpaket erheblich angegriffen. Eine Anhaltung unter haftähnlichen Bedingungen von Kindern und anderen vulnerablen Personen ist eindeutig abzulehnen. Unbegleitete Minderjährige sind Kinder und als solche in jeglicher Hinsicht mit der gesetzlich vorgeschriebenen Sorgfalt zu behandeln! Gründliche unabhängige Kontrolle wird bei der Umsetzung der neuen rechtlichen Regelungen essenziell sein.

4. RASSISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT:

Fälle von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung von Minderheitengruppen geben weiterhin Anlass zur Sorge. Nicht nur im Zuge von rezenten Konflikten gehören Meldungen von Hassverbrechen, die sich gegen bestimmte ethnische oder religiöse Gemeinschaften richten, immer mehr zum Alltag. Die Europäische Union bedingt dagegen, dass Menschen über viele Ländergrenzen und mit unterschiedlichen Nationalitäten miteinander in Kontakt kommen.

Die Österreichische Liga für Menschenrechte setzt sich für ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz ein, wobei der Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit liegen muss. Dazu sollten etwa die Förderung von Sensibilisierungskampagnen zur Bekämpfung von Stereotypen, die Verbesserung der Meldeverfahren für Hassverbrechen und die Sicherstellung, dass die Täter mit angemessenen rechtlichen Konsequenzen rechnen müssen, gehören.

5. KLIMAGERECHTIGKEIT:

In den letzten Jahren konnte ein zunehmendes Bewusstsein für die Zusammenhänge zwischen Umweltfragen und Menschenrechten beobachtet werden. Hierbei liegt

der Schwerpunkt vor allem auf der generationenübergreifenden Klimagerechtigkeit und den Auswirkungen der Klimakrise auf gefährdete Gemeinschaften.

Die Österreichische Liga für Menschenrechte ruft das Europäische Parlament dazu auf, eine Führungsrolle bei der Bewältigung der menschenrechtlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Klimakrise zu übernehmen. Dazu gehört, dass es sich für eine Politik einsetzt, die den Rechten gefährdeter Bevölkerungsgruppen Vorrang einräumt, Maßnahmen zur Anpassung an die Klimakrise unterstützt und Unternehmen für ihre Umweltpraktiken zur Verantwortung zieht. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf integrative Entscheidungsprozesse gelegt werden, welche die Perspektiven der betroffenen Gemeinschaften einbeziehen und berücksichtigen.

6. DATENSCHUTZ UND PRIVATSPHÄRE:

Digitale Rechte und Datenschutz werden inzwischen breit diskutiert. Das Gleichgewicht zwischen Sicherheitsmaßnahmen der Regierungen, den wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen und dem Schutz der Privatsphäre des Einzelnen ist ein schwieriges Thema, das jedoch immer unter dem Blickpunkt der Wahrung der Menschenrechte betrachtet werden muss.

Die Österreichische Liga für Menschenrechte fordert klare und solide Vorschriften zum Schutz der digitalen Rechte und der Privatsphäre sowie die Hoheit über die eigenen Daten. Dazu gehört das Eintreten für strengere Grenzen der staatlichen Überwachung, die Förderung des Einsatzes von Verschlüsselungsinstrumenten und die Gewährleistung, dass Einzelpersonen die Kontrolle über ihre persönlichen Daten haben. Weiters braucht es mehr Transparenz in Bezug auf Überwachungspraktiken und verstärkte Mechanismen zur Rechenschaftslegung bei Verstößen.

Ich will ein Leben für alle

EIN GESPRÄCH MIT DEM GOISERISCH-PALÄSTINENSISCHEN
KÜNSTLER BASHIR QONQAR

Wir sitzen hier in Bad Goisern an einem schönen Nachmittag im Mai. Was geht dir durch den Kopf, wenn du an deine Heimat Palästina denkst?

Bashir Qonqar: Ich denke an meine Familie und die Olivenbäume meiner Familie und die Landschaft, Bethlehem. Ja, Bethlehem ist eigentlich eine tolle Stadt. Und ich denke an die vielen Menschen, die ich dort kenne. Das gute Wetter, kein Schnee. Oder ganz wenig Schnee ...

Du hast deine künstlerische Tätigkeit auf den langen Weg nach Oberösterreich mitgenommen. Welchen Unterschied macht es, im Westjordanland oder hier zu arbeiten?

Das fängt erstmal mit der Sprache an. Obwohl ich in Deutschland studiert habe, ist alles ganz anders. Der Unterschied liegt also nicht nur in der Sprache, sondern in der ganzen Kultur, wie die Menschen sich ausdrücken, wie sie leben. Das war für mich ein Lernprozess, nicht nur die Sprache zu können, sondern auch diese andere Kultur zu leben. Und ich denke, mein Malen ist eine Sprache für sich.

Du malst politische Bilder, die mit den Menschen deiner Heimat zu tun haben, mit deren Geschichte, Schicksal und Beziehungen. Wie kam es dazu?

Mein Antrieb ist meine persönliche Geschichte. Ich habe meinen Vater verloren, als ich acht Jahre alt war, damals in Palästina, in Bethlehem. Und ich fragte mich, weshalb passiert so etwas? Was bedeutete das, ohne Vater groß zu werden, für uns als Familie? Vor allem in einem Land, wo es keine Basis gibt, wie zum Beispiel eine Sozialversicherung. Es war eine Katastrophe, auch was das mit uns gemacht hat. Ich wünsche das keinem, ich will nicht, dass Menschen so leiden müssen, wie ich gelitten habe.

INTERVIEW

Du bist ein politischer Künstler geworden, kann man das so sagen? Welche Botschaft ist dir wichtig?

Politik ist ein Teil von mir, aber ich möchte mich nicht nur als politischer Künstler sehen. Es gibt viele Projekte, in denen ich mich anderen Themen widme, ich mag einfach alles, was mit Menschen zu tun hat. Gleichzeitig tut es mir weh, was jeden Tag geschieht, vor allem, was Menschen einander jeden Tag antun. Ich versuche, es



„Bäume“ - ein Film von Bashir Qonqar und Maximilian Rosenberger, 2024

zu verstehen. Und genau das ist es, was ich in meine Bilder hineinbringe. Ich muss aber zugeben, dass es mir irgendwann zu viel war, und ich habe mir gesagt, manchmal ist es okay, dass ich nur einen Wald male oder eine Landschaft.

Ist es für dich schwierig, deinen Frieden in einem Gebirgstal zu finden, wenn einen die Erinnerung an die Heimat nicht loslässt?

Das ist nicht einfach, ja. 2018 bin ich mit meiner Familie nach Österreich gekommen, meine Frau ist aus Linz, aber unsere erste Tochter wurde in Bethlehem geboren. Nach ihrer Geburt war die politische Situation sehr schwierig, da habe ich gedacht, ich will nicht, dass meine Tochter das erleben muss, was ich erlebt habe. Es war auch für meine Frau gesellschaftlich schwierig, das sind verschiedene Kulturen, verschiedene Gesellschaften.

Wie lernt man als Palästinenser in Bethlehem eine Linzerin kennen?

Das war durch Zufall. Nach Bethlehem kamen immer schon viele Leute von überall. Bethlehem, der Geburts-

ort von Jesus. Eigentlich habe ich zu nächst ihren Vater kennengelernt, der sich für die evangelische Kirche als Freiwilliger engagiert hat. Zufälligerweise hat mein Bruder genau da gearbeitet, dann hat er ihn zu uns nach Hause eingeladen und irgendwann hat er seine Tochter mitgebracht ...

Wie kann man sich das alltägliche Leben in Bethlehem vorstellen? Und die Konflikte zwischen jüdischer und palästinensischer Bevölkerung? Kann man überhaupt von einem friedlichen Miteinander der Bevölkerung reden?

Die Menschen dort leben eigentlich ganz normal, wie alle anderen Menschen. Sie versuchen einfach, mit der Situation fertigzuwerden. Das ist an uns Menschen faszinierend, wir können in jeder Situation einen Weg finden, um einfach weiter zu existieren. Und die Leute bei uns in Bethlehem sind im Grunde weltoffen, das hat etwas mit der Stadt an sich zu tun, da sind viele Touristen. Die Leute gehen feiern, es gibt Partys, gleichzeitig gibt es Konflikte, ja. Da ist der politische Konflikt, Palästina-Israel. Das hat nichts mit der Bevölkerung zu tun, sondern mit dieser Politik. Die ganzen Schießereien, das geschieht

ein, zwei Mal in der Woche, und die Leute versuchen, trotzdem weiterzuleben: Wir schauen nach vorne. Es wäre eigentlich so einfach. Es fängt damit an, wie kann ich meine Kinder ernähren? Oder: Bin ich in Sicherheit?

Und wieso ausgerechnet Goisern?

Die Idee war, dass wir nach Bad Goisern kommen, um einen Start zu haben, ich wollte ja am Anfang nach Wien, vielleicht wäre es dort leichter, einen Job zu bekommen, vielleicht ist es auch als Künstler einfacher. Doch es hat uns hier gut gefallen, natürlich höre ich über Rassismus in der Gesellschaft, das habe ich in manchen Situationen selbst erleben müssen, es ist einfach ein Teil von dem Ganzen hier. Auf der anderen Seite habe ich hier viele positive Erfahrungen gemacht, das machte es einfach für mich. Und ich habe eine österreichische Familie, da bin ich integriert. Ich muss sagen, für jemanden, der in dieser Region niemanden kennt, würde es ein bisschen schwieriger sein.

Trägst du bereits eine Lederhose?

Ich habe tatsächlich eine Lederhose, es gibt sehr viele schöne Sachen in →

dieser Kultur, an diesem Ort hier. Was ich in meine Kunst integriert habe, sind die hiesigen Wälder. Die Natur ist ein Platz, wo ich meine Ruhe finde. Dieser Wald, der auf der einen Seite sehr mystisch ist ... Gleichzeitig werde ich auch mit meinen Ängsten konfrontiert, wenn ich alleine im Wald bin. Das hat etwas mit meinem psychischen Zustand zu tun.

Wenn du die Schönheit der Landschaft siehst und wie die Menschen hier miteinander leben, macht dich das manchmal traurig?

Auf jeden Fall. Ich habe manchmal ein schlechtes Gewissen meiner Familie in Bethlehem gegenüber.

INTERVIEW

Zu sehen, in welcher Situation sie ist, macht es noch schwieriger. Doch ich bin ein freier Mensch. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass die Menschen wissen, was geschieht, und das nicht einseitig. Tatsache ist, dass die Politik es uns sehr schwer macht. Es gibt eine lange Geschichte, auch vor dem 7. Oktober.

Ich verliere nie die Hoffnung, dass das Ganze irgendwann aufhört, dass die zwei Seiten aufeinander zukommen und es ein richtiges Leben geben wird, ein richtiges Zusammenleben. Dass die zwei Staaten sagen, alle haben die gleichen Rechte.

Ich will ein Leben für alle, ich wünsche mir, dass die Menschen einfach in Frieden leben.



Bashir Qonqar: „Nightmare“
Mischtechnik auf Leinwand, 95 x 145 cm



DIE AUTORIN

Angelika Watzl

Studium der Rechtswissenschaften und der Internationalen Entwicklung, Stv. Leiterin der Rechtsberatung in Asyl- und Fremdenrecht für Diakonie Flüchtlingshilfe in Traiskirchen, Vorstandsmitglied und seit 2021 Generalsekretärin der Österreichischen Liga für Menschenrechte.

italienische, spanische, österreichische, polnische oder französische Organisationen können das Thema – sei es Migration oder Umweltschutz, Rechtsstaatlichkeit oder die Lieferkettenproblematik – gemeinsam noch in einer ganz anderen Dimension behandeln.

Verabschiedet wurde auf der Konferenz auch das Madrid Manifest. Dieses enthält in zehn Punkten die wichtigsten Forderungen, die es unserer Ansicht nach für ein menschenrechtszentriertes Europa braucht. Es wurde allen EU-Spitzenkandidaten vorgelegt. Das Manifest ist auf der Liga-Homepage auf Deutsch abrufbar.

Es gibt viele Themen, die wir in Europa als Region nur gemeinschaftlich lösen können. Daher braucht es eine paneuropäische Zusammenarbeit – auch im Menschenrechtsbereich. Wir freuen uns, die Beziehungen zu unseren europäischen Kolleg:innen intensiviert zu haben und in Zukunft gestärkt gemeinsam für ein Europa mit mehr Menschenrechtsfokus einzutreten!

Internationale Ligen

Die Mitgliedschaft der Liga bei der internationalen Ligen-Dachorganisation, der FIDH (Fédération International des Droits Humains), ist bereits in ihren Statuten verankert. Seit 2021 haben wir diesen Kontakt wieder intensiviert und arbeiten verstärkt mit unseren internationalen Kolleg:innen in aller Welt zusammen. Insbesondere der europäische Austausch unter den Schwester-Ligen ist hier von großer Bedeutung, betreffen uns doch oft sehr ähnliche Situationen und Herausforderungen. Eine davon war die EU-Wahl im Juni 2024.

Um über ein gemeinsames Vorgehen bei der EU-Wahl zu beraten, inhaltliche Abstimmungen zu treffen, einander persönlich kennenzulernen und voneinander lernen zu können, organisierte das Europa-Büro der FIDH gemeinsam mit der spanischen Liga (APDHE) eine zweitägige Konferenz Anfang April in Madrid. Es nahmen Kolleg:innen aus Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, den Niederlanden (wallonische und flämische), Norwegen, Polen, Rumänien, Spanien, der Türkei und Österreich an der Konferenz teil.

Inhaltlich ging es dabei um die Themen Mobilität (Flucht & Migration), Menschenrechte & Wirtschaft, die Verknüpfung von Menschenrechten

& Umweltagenden sowie den Zusammenhang zwischen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie & Menschenrechten. All diese Themen betreffen jede einzelne Liga im nationalen Kontext. Ein Austausch dazu ist daher umso anregender, zumal die verschiedenen Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten ineinandergreifen und erst durch eine Zusammenschau der menschenrechtlichen Problemlagen ein Bild des Ganzen mit all seinen Konsequenzen und Betätigungsfeldern ermöglicht wird. Griechische,



Empfang in Madrid bei Félix Bolaños García, Minister für das Präsidentialamt, die Justiz und parlamentarische Beziehungen Spaniens (li.)

Willkommen in Daphnes Garten

NOTIZEN ZU EINER OPER

Fakt: am 16. Oktober 2017 explodierte in Bidnija, Malta, das Auto, das die Journalistin Daphne Caruana Galizia gestartet hatte.

Es liest sich so leicht.

Als ich vor einigen Jahren eingeladen wurde, zum Thema „Die Arroganz des Kapitals“ ein Theaterstück zu konzipieren, kamen mir sofort diese Frau, dieses Ereignis in den Sinn, verstärkt noch durch den Eindruck des Mords an Ján Kuciak gerade einmal vier Monate später, am 21. Februar 2018. Der Investigativjournalist wurde in seiner Garage in einem slowakischen Provinzort erschossen, auch seine Verlobte: Die Mörder waren gründlich.

Wir alle umkreisen den Tod. Neulich las ich in einem Roman die Formulierung vom Tod als einem „harten Land“, in das wir gehen. Ganz anders die französische Rabbinerin Delphine Horvilleur, die in ihrem Essayband „Mit unseren Toten leben“ von unserem Diesseits aus schreibt.

Von unserem Diesseits aus – ein weiches Land? – bleiben nur zwei Fragen: die nach Gerechtigkeit im Sinne der Ausforschung und Bestrafung der Schuldigen. Und die nach der Entwicklung eines gesellschaftlichen Ethos, nachdem gerade jene Journalistinnen und Journalisten, die kriminelle Machenschaften in Regie-



DIE AUTORIN

Katharina Tiwald

2005 debütierte sie mit „Schnitte – Portraits – Fremde“, 2007 spielte sie ihr Ein-Frau-Stück „Messe für Eine“ in Oberwart und Wien. 2021 veröffentlichte sie den Roman „Mit Elfriede durch die Hölle“. Sie unterrichtet an einer Wiener Mittelschule und am Institut für Slawistik in Klagenfurt.

rungsnähe aufdecken, besonderen Schutz genießen. Sollten.

Beim Schreiben des Stücks dachte ich an einen Chor, der zusammenkommt, gemeinsam murmelt, im Irrealen – und Irren, dem Wahnsinn

– dieses Mords das Meer spricht, die Gischt spricht, das Klingeln der Telefone, das Surren der Nachrichten auf ihrem Weg. Aus diesem Chor lösen sich Figuren: der iranischstämmige Banker, der machtbewusste Premier, die Minister. Die Erzählstimme, die den Fakten entlang berichtet, was Daphne C. Galizia, gestützt auf Whistleblower-Berichte, auf ihrem Blog veröffentlichte. Sie war Vertrauensperson für viele Malteserinnen und Malteser, an manchen Tagen hatte ihr Blog mehr Zugriffe als die Seiten aller maltesischen Medien zusammen.

Als die Produzenten den Text zu Gesicht bekamen, sahen sie darin ein Libretto. Das war zwar nicht meine Absicht gewesen, aber meine Freude über das künstlerische Gesamtergebnis – eine Oper mit Musik von Erling Wold, San Francisco – ist sehr groß.

Am Ende des Stücks sammeln sich die Darsteller*innen in der Lücke zwischen den verschiebbaren Bühnenelementen. Sie singen eine Litanei maltesischer Pflanzen; dazwischen schieben sich die Namen von Menschen, die aufgrund ihrer aufklärerischen, mutigen Pressearbeit auf den Spuren von Korruption und Machtmissbrauch umgebracht wurden.

Am Tag der Wien-Premiere mussten wir einen neuen Namen in diese Litanei aufnehmen: Aleksej Nawalny.

Fotos / Jennifer Vass; Dessislaw Pajakoff (Porträt)

Text / Katharina Tiwald

LITANEI

CHOR singt mit langen Pausen

Still. Still. Still. Weil das Kind nicht schlafen will.
Groß. Groß. Groß.

STIMME

Nichts ist ganz.

CHOR

Nichts ist ganz. Nichts ist ganz. Nichts ist Erde.
Nichts ist endlich. Nichts ist

EINZELNE CHORMITGLIEDER

Ein Kaktus. Eine Pinie. Eine Zypresse.
Ein Rosenstrauch. Wundklee.
Anna Politkovskaja. Feuerlilie.
Zannichella melitensis. Ján Kuciak.
Eine Orchidee. Ein Wolfsmilchgewächs.
Jamal Khashoggi. Ophrys melitensis.
Kreuzblütengewächse. Wiktoria Marinowa.

DAPHNE

Here we are to speak of what we know.
The good that women do lives after them.
Eine Fingerkuppe.
Und noch eine.
Eine Zunge.
Die Sternwinde, lese ich,
ist eine
Feuerzunge.

CHOR

Willkommen
Willkommen in Daphnes Garten

aus: *Daphnes Garten*, Text: Katharina Tiwald, Musik: Erling Wold,
Regie: Peter Wagner. Uraufführung: Jänner 2024

DIE OPER „DAPHNES GARTEN“

Am 16. Oktober 2017 wird die maltesische Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia mit einer Autobombe ermordet. DCG, wie sie in maltesischen Medien oft bezeichnet wurde und wird, publizierte unter anderem eigene Recherchen zu den „Panama Papers“, dem massiven Leak, der 2016 ein weltweites Netzwerk an Offshore-Firmen offenbarte.

„Daphnes Garten“ behandelt am Beispiel einer mutigen Journalistin, die ihren Einsatz für die Wahrheit mit dem Leben bezahlte, ein Phänomen, das gerade in unseren Tagen höchste Aufmerksamkeit auf sich zieht, weltweit in vielen Ländern, so auch in Österreich: Korruption. (Aus dem offiziellen Programm)

Vor unserer Haustüre

IM GESPRÄCH MIT HERBERT LANGTHALER ÜBER DIE EU-AUSSENGRENZEN

Während Europa sich zunehmend gegen Migration abschottet, sind die EU-Außengrenzen für Europäer ökonomisch und touristisch offen. Welche politische Funktion haben die EU-Außengrenzen tatsächlich?

Wir kennen aus der Biologie die semipermeable Membran, wo gewisse Sachen durchgehen und gewisse Sachen draußen gehalten werden. Und so sehe ich die EU-Außengrenzen. Einerseits schaffen wir entrechtete Arbeitskräfte in den Ländern, wo ganze Wirtschaftszweige von illegalisierter Arbeit abhängig sind, wie die industrialisierte Landwirtschaft in Italien, Spanien und Griechenland. Das ist eine Funktion dieser halbdurchlässigen Außengrenze. Andererseits haben nur die Bürger:innen Europas die Möglichkeit, überall hinzureisen, die anderen müssen vor unserer Haustüre bleiben. Wir wissen mittlerweile, die EU-Außengrenzen sind gegen Migrant:innen nicht zu verteidigen.

Welche Antwort kann man auf die Parole „Wir können ja nicht alle aufnehmen“ in Bezug auf künftig erwartete Fluchtbewegungen aufgrund von Kriegen und der Klimakrise geben?

Dass es dafür keine Evidenz gibt. Kriegsflüchtlinge bleiben eher in der Region und machen sich, wenn überhaupt, erst nach einer gewissen Zeit auf den Weg nach Europa, wie es eben 2015 bei den Syrern, Irakern und Afghanen war. Da würde es sich lohnen, tatsächlich aktive Friedenspolitik in den Krisenregionen zu betreiben. Und was die Klimaflüchtlinge betrifft, das ist eine Frage von arm und reich. Arme Menschen können nicht nach Europa flüchten. Ich sehe eher die Gefahr, dass sich

in der gemeinsamen Außen- und Kriegspolitik der EU eine imperiale europäische Identität entwickelt hat, die wesentlich bedrohlicher ist.

Ist hier ein Zusammenhang mit den gravierenden Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen zu sehen?

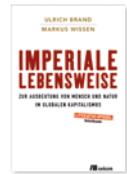
Ja. Ein Worst-Case-Szenario hatten wir schon an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland, wo Menschen in den sumpfigen Wäldern des Grenzgebiets bewusst in den Tod getrieben wurden. Das war eine Unmenschlichkeit, der eine massive Repression gegen die polnische Zivilbevölkerung, die den Menschen helfen wollte, vorangegangen ist. Denken wir auch an die zehntausenden Toten im Mittelmeer. Viel ärger geht es eigentlich nicht mehr. Wir haben Schussbefehl und Watchtower wie im Kalten Krieg, nur diesmal von der Seite Europas aus.

Geht da nicht das Vertrauen in die Europäische Union verloren, wenn die EU-Außengrenzen zur Todeszone werden und Frontex als „EU-Agentur für die Grenz- und Küstenwache“ zusieht, wie Menschen ertrinken?

Da stellt sich mir die Frage der Identität der Europäischen Union. Letztendlich ist sie doch die Summe der Nationalstaaten und da ist das Problem, dass gewisse Kräfte sich durchsetzen konnten und immer stärker werden. In Bezug auf die EU-Außengrenzen wird eine vollkommen absurde Asylpolitik betrieben. Da wollte man jetzt vor der EU-Wahl noch eine Einigung erzielen, doch das jüngst angenommene Migrations- und Asylpaket hat

LITERATUR

Ulrich Brand,
Imperiale Lebensweise:
Zur Ausbeutung von
Mensch und Natur in
Zeiten des globalen
Kapitalismus, oekom,
2017



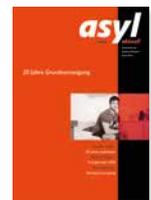
tausende Seiten und kein Mensch weiß, wie das umsetzbar wäre.

Wie sollen die EU-Außengrenzen beschaffen sein? Was wäre vernünftig im Umgang mit nach Europa flüchtenden Menschen?

Die ankommenden Menschen sollten an den sogenannten Außengrenzen aufgenommen und befragt werden, und dann dorthin gebracht werden, wo sie eigentlich hinwollen. Bisher ist die gerechte Aufteilung in Europa gescheitert, weil nicht klar war, welches Recht überhaupt zur Anwendung kommt. Doch man sieht bei den Vertriebenen aus der Ukraine, die sehr gut über Europa verteilt sind, dass es funktionieren kann. Es gibt nämlich eingespielte

LESETIPP

asyl aktuell:
die Zeitschrift der
asylkoordination
österreich.
Aktuelle Themen,
Interviews, Reporta-
gen, Hintergrund-
informationen.





Migrationssysteme, einerseits in die industrialisierte Landwirtschaft wie andererseits auch in die Tourismusbranche in den Mittelmeerländern. Aber auch Einwanderung in historische Räume wie etwa Polen und Tschechien ist möglich, da hat es bereits verschiedene Beziehungen gegeben. Das wäre auch in anderen europäischen Ländern denkbar.

Die Europäer haben zunehmend Angst vor islamistischen Bewegungen, spielt die Religion nicht auch eine Rolle in der Diskussion um Asyl?

Viele Geflüchtete flüchten ja vor Islamisten. Wenn sie dann hier, oft erst die nächste Generation, wieder in die Fänge von irgendwelchen islamistischen Bewegungen kommen, ist das ein Treppenwitz der Geschichte. Diese religiösen Fragen sind schwierig zu beantworten – wie geht man mit Religion überhaupt um? Ohne die Menschen daran zu hindern, irgendwelche religiösen Kopfbedeckungen zu tragen, muss sichergestellt werden, dass Staat und Religion getrennt sind, da hat

Österreich noch gewisse Hausaufgaben zu machen mit dem Konkordat, da ist Österreich auch noch nicht wirklich Best Practice.

Die europäische Außenpolitik verursacht also Fluchtbewegungen, während sie Fluchtwege verunmöglicht?

Die Menschen sollen sich nicht auf den Weg machen, weil Flucht lebensgefährlich ist und die Lebensbedingungen in Europa schlecht sind, gleichzeitig induziert etwa die französische Politik im Sahel Fluchtbewegungen. Da gibt es genug Beispiele, die in der europäischen Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen werden. Das imperiale Europa schafft sich selbst Flüchtlinge, denn was wir vor unserer Haustüre machen, wirkt sich direkt an unseren Grenzen aus. Stattdessen bräuchten wir eine aktive Friedenspolitik, nicht zuletzt auch eine andere Klimapolitik.

Weitere Informationen:

asyl.at



ZUR PERSON

Herbert Langthaler

Ethnologe, Journalist und Menschenrechtsaktivist, langjährig im Vorstand der asylkoordination im Bereich der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit tätig. Projektleiter von transnationalen EU-Projekten im Bereich Asyl, Chefredakteur von „asyl aktuell“.

INTERVIEW



Mit dem Flixbus reist man günstig und schnell nach Dresden. Nach sechs Stunden fällt der Blick auf die weiten Elbwiesen der Stadt, „hier wurde die Schönheit erfunden. Nichts als Fluss und Wiesen – in zartesten Farben und märchenhaftem Licht“, schrieb der Kunstschriftsteller Johann Joachim Winckelmann zu seiner Zeit. Ein starker Kontrast zur dunklen Patina des Residenzschlosses und der Semperoper, dem Barockensemble mit dem Zwinger, dessen Orangerie eine der schönsten der Welt gewesen sein soll.

Es ist ein Frühsommertag, Fahrräder rumpeln über das Kopfsteinpflaster, Touristen schlendern durch die Gassen und August der Starke findet sich auf unzähligen Selfies wieder. Seinen Beinamen erhielt der polnische König, sächsische Kurfürst und Bauherr der Stadt, da er angeblich Hufeisen mit bloßer Hand zerbrechen konnte, gleichzeitig gründete er in Meissen die erste europäische Porzellanmanufaktur. Der Herrscher wurde nach seinem Tod 1733 in Warschau bestattet, sein

Herz allerdings ruht in der Dresdner Hofkirche. Seit der völligen Zerstörung der Stadt durch die Luftangriffe in den Februarnächten des Jahres 1945 ist „Dresden“ eine Chiffre für völkerrechtswidrigen Städtekrieg, den einen zur Erinnerung an die Schrecken des Krieges, den anderen als Überblendung eigener Kriegsverbrechen. Den nachfolgenden Generationen ist mit der Rekonstruktion des einstigen „Elbflorenz“ ein bauliches und finanzielles Kunststück gelungen, eine einzigartige weltweite Spendenaktion ermöglichte 2005 die Wiedererrichtung der in Trümmern liegenden Frauenkirche, zu der auch die Partnerstadt Coventry beitrug. Von hier kam auch das Kuppelkreuz, das der Sohn eines britischen Kampfpiloten für Dresden schmiedete. Vielleicht liegt es an der Straßenmusikerin, die an diesem Spätnachmittag das „Air on the G-String“ von Johann Sebastian Bach spielt, sodass sich Leichtigkeit und Schwermütigkeit zugleich einstellen, um darüber nachzudenken, was Menschen aus Schutt und Asche aufzubauen imstande sind und wie geschichtsvergessen sie dennoch geblieben sind.

„Da ist ein Angestellter, der Probleme macht“, so heißt es in der Vorbesprechung der Fortbildungsveranstaltung einer pharmazeutischen Firma, „er hat sich in letzter Zeit stark verändert.“ Niemand hatte damit gerechnet, dass er sich für den Workshop anmelden würde. Heute soll ein „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ stattfinden, um die Angestellten zu schulen, in kontroversen Gesprächen besser reagieren zu können. In Sachsen wünscht sich mittlerweile jeder Zweite eine starke Partei, um die „Volksgemeinschaft vor Überfremdung“ zu schützen. Es sind Parolen wie „Die Ausländer kommen hierher, um den Sozialstaat auszunutzen“ oder „Wie in der Natur sollte sich immer der Stärkere durchsetzen“, die in der Rechtsextremismus-Forschung als Schnittstelle zu rechtsextremen Parteien angesehen werden. Es soll also geübt werden, was zu tun ist, wenn es in Gesprächen zu Behauptungen, Halbwahrheiten, Pauschalisierungen und Abwertung kommt. In der Vorstellungsrunde betont ein junger Mann, wie wichtig es ihm wäre, nicht auf Political Correctness Rücksicht nehmen zu müssen. Und als die





Im Halbdunkel der Unzufriedenheit

EINE REPORTAGE AUS DEM DEUTSCHEN OSTEN

Teilnehmenden diskriminierende Parolen sammeln, steuert er ein einziges Wort bei: „Querdenker“. In der Gruppe wird es unruhig, zumal er es ist, der als AfD-Sympathisant gilt und sich offensichtlich als kritischer Geist gefällt, dem mit Argumenten nicht beizukommen ist. Im Workshop findet er sich jedoch in einem Rollenspiel wieder, und muss mit einem wütenden, ausländergefeindlichen Mann streiten. Viele Glaubenssätze der eigenen Partei kommen ihm nun fragwürdig vor, da er die Absurdität mancher Aussagen selbst erfahren muss, aber auch deren Untergriffigkeit. Als er einige im Training erlernte Strategien anwendet – nicht sofort widersprechen, zunächst Begriffe wie etwa „die Ausländer“ klären, Verallgemeinerungen aufzeigen, also nachfragen und „worum geht es eigentlich?“ abklären, dann erst Argumente einbringen – erkennt er am Anderen eigene Kommunikationsmuster. Später wird er noch als radikaler Kritiker der Corona-Maßnahmen auftreten, doch das nimmt ihm keiner mehr übel. Immerhin hat er das Menschenrecht auf Asyl eingeräumt, den Workshop würde er gerne nochmals besuchen.

Bei den Europawahlen und den Kommunalwahlen in Sachsen erhielt die AfD nicht nur in Dresden die meisten Stimmen, sondern vor allem in den Dörfern und Kleinstädten, wo es ihr gelungen ist, die soziale Frage mit dem Völkisch-Identitären zu verbinden. Im Osten Deutschlands hat ein hoher Anteil der Bevölkerung kaum positive Erfahrungen mit Demokratie. Oft autoritär sozialisiert, blickt man in dieser Hinsicht eher pessimistisch in die Zukunft. Dazu kommt ein niedriges Lohnniveau, es wird wenig vererbt, somit sind Vermögensbildung und Rücklagen wie im Westen kaum möglich. Nicht einmal die Hälfte der Ostdeutschen sieht in der Wiedervereinigung einen Gewinn, und im Halbdunkel der Unzufriedenheit entwickelte sich ein rechtsradikales Milieu, das lange Zeit unterschätzt wurde und nun reale Zukunftsängste mit starken Parolen und einschlägigen Programmatiken für sich nützen kann. Corona, gendgerechte Sprache, Einwanderung und ökologische Transformation sind die Brennpunkthemen, aber auch eine Systemkritik, die in der Bundesrepublik eine Diktatur zu erkennen glaubt. Es ist die Stunde

der „Querdenker“ und „Freiheitskämpfer“ vor allem in den ländlichen Gebieten, wo es durch die starke Abwanderung in den 1990er-Jahren zu infrastrukturellen Problemen kam; Ostdeutschland hat heute so viele Einwohner wie im Jahr 1910. Das Gefühl, „abgehängt worden zu sein“, verleitet zu autoritärem Nationalradikalismus, einem Ordnungsmodell der Gesellschaft mit traditionellen Lebensweisen und dichotomischen Weltbildern, analysiert der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer. Hier kommen der Identitätsanker „Deutschland zuerst“ und das „Ende des Schuldkults“ gut an, der Anerkennungsverlust durch Arbeitslosigkeit und Deindustrialisierung wird mit nationalistischen Überlegenheitsfantasien übertüncht. Dennoch wählen die meisten die AfD eher aus Enttäuschung und nicht aus Überzeugung, so meinen die Wahlanalysen.

Im Herbst wird der sächsische Landtag gewählt, man möchte von den Wahlergebnissen in London und Paris träumen, doch diese scheinen weit entfernt zu sein, sogar für den FlixBus.

BUCHTIPP

WO DIE VERLORENEN JUGENDLICHEN SIND
EINE SPURENSUCHE IN WIEN

„In Wien tobt ein blutiger Bandenkrieg rivalisierender Clans, Tschetschenen gegen Syrer...“ Doch was steckt hinter dem Konflikt der Jugendlichen? Die Journalistin Edith Meinhart hat eine fundierte Sozialreportage vorgelegt.

Es ist die Geschichte von Ahmad, der als Kind aus Tschetschenien flüchten musste, Schüler in Wien, dann Bandenmitglied, Islamist und jüngster U-Häftling Österreichs war. Es ist auch die Geschichte von Uwe, Steirer, Grätzelpolizist in Wien und seit Jahren mit der Gewalt von Jugendbanden konfrontiert. Sie treten als Influencer auf, ihre TikTok-Videos „Cop&Che“ wurden mehr als 20 Millionen Mal angeklickt. Edith Meinharts Aufzeichnungen sind eine genaue Bestandsaufnahme der Begegnung unterschiedlicher Welten, „wenn Sie nach der Lektüre nicht mehr ganz dieselben sind wie vorher, hat sich für alle, die an diesem Buch mitgewirkt haben, jede Minute gelohnt“, verspricht das Vorwort.

Ahmads Leben beginnt mitten im zweiten Tschetschenien-Krieg. Die Kinder spielen in den Brandruinen, jede Nacht fallen Bomben. Während der Vater gegen die Russen kämpft, muss der vierjährige Bub mitansetzen, wie sein Onkel von verummten Polizisten erschossen wird. Die Familie ist in größter Gefahr und begibt sich auf die Flucht, russische Soldaten mit Hunden sind ihr auf den Fersen. In Deutschland angekommen, wird der Vater in Schubhaft genommen, dann erfolgt die Abschiebung, auch in Polen gerät er monatelang in Haft. Der letzte Ausweg der Familie führt nach Österreich, nach langem Warten kommt der positive Asylbescheid.

Ab nun zeichnet Meinhart Schritt für Schritt nach, wie aus einem Volksschüler innerhalb weniger Jahre ein Schläger und Islamist wird, wie sich Traumatisierung, strukturelle Mängel der Integration und Rassismus auswirken können. In der Hauptschule von einer Lehrerin gemobbt, verbringt Ahmad seine Tage in Shopping-Malls, gerät in eine Jugendbande, die sich durch Mutproben und Gewalt definiert. Es folgen erste Raubüberfälle, der 13-jährige betreibt Kampfsport. Seine Schule ist nun YouTube, radikale Islamisten nehmen Kontakt zu ihm auf, bald will er in den Dschihad ziehen, um gegen die Russen in Syrien zu kämpfen. Immer öfter gerät er mit der Polizei in Konflikt und schließlich in U-Haft. Mithilfe seiner Familie und dem Sozialarbeiter Fabian gelingt die Kehrtwende, Ahmad arbeitet heute selbst mit Jugendlichen. Er lernt Uwe kennen, der polizeiliche Präventionsarbeit leistet und die Lebensrealität migrantischer Jugendlicher von der anderen Seite her kennt. Gerade dieser Tage, wenn es auf der Straße um die „Ehre“ geht, Syrer, Afghanen und Tschetschenen aneinandergeraten, zeigt die Lektüre dieses Buches die Hintergründe auf, „nur wenige Menschen können erlassen, welcher Druck auf den rebellischen, jungen Tschetschenen lastet. Allen Seiten zu genügen ist schlicht unmöglich“, meint Ahmad. Nur eines weiß er bestimmt, dass Veränderung möglich ist. Zumindest nach einiger Zeit.



Edith Meinhart: Cop und Che: Wie ein Tschetschene und ein Polizist zu TikTok-Stars wurden. mandelbaum verlag, 2024



[www.tiktok.com/
@ahmadtvie](https://www.tiktok.com/@ahmadtvie)



Impressum

Herausgeberin

Barbara Helige, Österreichische
Liga für Menschenrechte
Rahlgasse 1/26, 1060 Wien
liga.or.at, office@liga.or.at

Chefredaktion

Andrea Helige, Marion Wisinger

Redaktionelle Mitarbeit

Angelika Watzl, Adela Schneider

AutorInnen dieser Ausgabe

Dietmar Dragarić, Margitta Essenther,
Judith Fitz, Andrea Helige, Barbara
Helige, Valerie Gruber, Walter
Hämmerle, Dani Krois, Edith Meinhart,
Gerhard Ruiss, Günter Schmidauer,
Gaby Schwarz, Walter Strobl,
Katharina Tiwald, Angelika Watzl,
Marion Wisinger

Lektorat & Koordination

Domus Verlag, Lilo Stranz
office@domusverlag.at

Graphisches Konzept & Umsetzung

Domus Verlag, Alin-Gabriel Varvaroi

Verlags- & Herstellungsort

Wien

Druck

Druckerei Bösmüller, Wien/Stockerau

Gedruckt mit freundlicher
Unterstützung der RD Foundation

RD Foundation Vienna

Research | Development | Human Rights
Gemeinnützige Privatstiftung

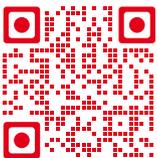
Der **Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB)** bekennt sich zu einer **klima- und umweltgerechten Gestaltung** aller Lebens-, Arbeits- und Produktionsweisen und unterstützt aktiv auf allen Ebenen den dafür notwendigen **sozial gerechten Übergang** (auch „**Just Transition**“ genannt). Das Ziel ist, die **Rechte der Arbeitnehmer:innen**, ihren Lebensstandard und ihre soziale Absicherung zu erhalten bzw. zu verbessern und das Überleben der Menschheit auf der Erde sicherzustellen.

Auszug aus den Leitsätzen des ÖGB

Dafür brauchen wir dich!

Mit jedem neuen Mitglied wird deine Gewerkschaft stärker.
Werde jetzt Mitglied!

oegb.at/mitglied-werden



ÖGB

Österreichische Post AG SP 02Z034168 S
Österreichische Liga für Menschenrechte
1060 Wien, Rahlgasse 1/26



ISSN 0025-9616

